

# Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D. 44, Memeler Str. 20  
Grenzsprecher: Röntgenstr. 100a, 107a und 120a. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphenadresse: Textilprolet Berlin

Verzinst sich Ihr nichts — Verzinst alles!

Abbestellen und Bestellungen sind an Otto Behme, Berlin D. 84  
Memeler Str. 20 (Postfachnummer 6886), zu richten. — Bezugs-  
preise nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.  
Anzeigenpreis 4 Mark 1/2 die belegte Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes

## Der ADGB. gegen Dr. Schacht.

Nachstehendes Programm des Bundesauschusses wurde in der letzten Ausschusssitzung des ADGB. zum Beschluß erhoben: Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt, daß zum Ausbau der produktiven Kräfte in der deutschen Wirtschaft vorläufig noch der Zustrom ausländischer Kredite unentbehrlich ist. Er muß deshalb mit Bedauern feststellen, daß der weitere Zufluß dieser Kapitalien in jüngster Zeit durch mannigfaltige Maßnahmen und Neben gefährdet worden ist. Insbesondere hält er die Kritik an der Finanzgebarung der deutschen Kommunen, die mehr politischer Voreingenommenheit als wirtschaftlicher Erwägung zu entspringen scheint, um so weniger für berechtigt, als die Höhe der von den Kommunen aufgenommenen Auslandsschulden beispielsweise nicht den Betrag übersteigt, den das Deutsche Reich ebenso freigebig wie unberechtigt der Ruhrindustrie geschenkt hat.

Die Zins- und Amortisationslast, die für die Gesamtheit der Auslandskredite aufzubringen ist, gefährdet die deutsche Währung nicht. Wohl aber bedeutet jede Erschütterung des Vertrauens des Auslandes in die öffentliche oder private Wirtschaft Deutschlands eine Gefährdung der Konjunktur. Im allgemeinen nutzen kommunale Auslandsanleihen der Volkswirtschaft im gleichen Maße, wie es — ebenso allgemein — private Auslandskredite tun. Die Gewerkschaften halten insbesondere die Finanzierung des Wohnungsbaues, dessen Förderung dringenden sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen entspringt, durch Aufbringung sowohl von öffent-

## Leistungslohn — Rationalisierung!

In Nr. 316 der „Bremer Nachrichten“ ist auszugsweise ein Vortrag des Herrn Dr. Horst von der Kammmgarnspinnerei abgedruckt, den derselbe in einem kleinen Kreise der Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik, deren Vorsitzender Herr „Direktor“ Horst ist (unseres Wissens ist Herr Horst nur Syndikus!), über sein „Patent“, den Leistungslohn, gehalten hat.

Dieser Vortrag ist nur eine Wiederholung des Inhalts einer Broschüre, die im Verlag der „Weserzeitung“ erschienen und von der Norddeutschen Volkammer und Kammmgarnspinnerei herausgegeben ist. Die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich über den Inhalt der Broschüre köstlich amüsiert und uns dieselbe haufenweise ins Bureau gebracht.

Wohl Herr Dr. Horst seine oft aufgestellten Behauptungen immer wiederholt, wollen wir nochmals sein „Leistungslohnsystem“ beleuchten. Eine Feststellung jedoch vorher: In Hunderten von Fällen können wir den Nachweis führen, daß die Arbeiter nicht gebeten haben, nach dem Leistungslohnsystem entlohnt zu werden, sondern daß sie unter Anwendung aller erdenklichen Schikanen dazu gezwungen wurden, trotz aller Ablehnungsversuche durch die Direktion. Hinzu kommt, daß die Leitung des Konzerns auf verbindlich erklärte Schiedsprüche und auf gerichtliche Urteile pfeift. Durch monatlanges Hinauszögern bei den Gerichten und indem man den Schiedspruch nicht erfüllt, hat man die Belegschaft „klein“ bekommen. Oder will Herr Dr. Horst bestreiten, daß ihm der Schiedsausschuss in Oldenburg und die Gerichte bestätigt haben, daß er seinen Verpflichtungen gegenüber seinen Arbeitern und Arbeiterinnen nicht nachkommt. Eine Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte sich unseres Erachtens lieber mit diesem Problem beschäftigen, als sich Vorträge darüber halten zu lassen, wie die Arbeiterschaft um ihre gesetzlichen Rechte geprellt wird. — Auf diese „noble“ Art kann man jeden Streikerfolg illusorisch machen.

Nun zu dem berühmten Leistungslohnsystem. Der tüchtige und fleißige Arbeiter soll nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig mehr verdienen als der weniger gute Arbeiter oder, im Jargon des Herrn Doktors zu sprechen, „der faule Arbeiter“. Nehmen wir ein Beispiel: Von 50 Seifaktorspinnern erhalten in einer Lohnwoche 40 die Prämie oder den sogenannten Leistungslohn; die nächste Woche erhalten von den 50 Spinnern nur noch 25 die Prämie. Will Herr Dr. Horst behaupten, daß die 25 Spinner in der Woche, wo sie die Prämie nicht erhielten, faul waren? Wer so etwas behauptet, hat von den wirklichen Vorgängen im Betriebe keine Ahnung. Es braucht nur ein Spinner mehr Maschinenreparaturen haben als ein anderer, schon bekommt er keinen Leistungslohn. Was hat dieser Umstand aber mit der persönlichen Leistung des betreffenden Spinners zu tun, die doch besonders belohnt werden soll? Was kann ein Arbeiter dafür, wenn sein Garn schlechter läuft als das seines Nachbarn? Er bekommt keinen Leistungslohn, trotzdem er persönlich mehr geleistet hat. Weil er weniger Kilo Garn liefert, trotzdem er mehr gearbeitet hat als sein Nachbar, bekommt er ohne sein Verschulden keine Prämie. Diese Beispiele treffen auf alle Abteilungen zu und könnten beliebig vermehrt werden.

Daß unter solchen Verhältnissen die Arbeitslust untergraben wird, ist selbstverständlich. Die Arbeiter selbst erklären oft: „Wenn wir am meisten gemurkt haben, verdienen wir am wenigsten.“ Die Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte sich einmal von Arbeitern über die Wirkung des Leistungslohns Vorträge halten lassen, wenn sie diesen Namen verdient. Alle Veröffentlichungen und Reden sind nur eine Irreführung. Aus innerlicher Ueberzeugung hat keiner seine Unterschrift unter den Wertarif gesetzt. Das beweisen die Wahlen zum Betriebsrat. Die Liste der Gewerkschaft erhielt 1491 Stimmen, die des Wertarifs nur 365 Stimmen. Bei der Wahl zum Ausschuss der Betriebskrankenkasse haben die selben nicht einmal eine Vorschlagsliste zustande gebracht.

Es bleibt dabei, daß nur einzelne Arbeiter vorübergehend mehr verdienen. Das die Unkosten für den Betrieb geringer geworden sind, glauben wir. Wir behaupten sogar, daß trotz der höheren Nominalhöhe die Gesamtlohnsumme im Delmenhorster Betriebe erheblich niedriger ist als vor dem Kriege. Die Rationalisierung ist nirgends brutaler auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt worden. Durch ein schändliches ausgeklügeltes Akkordsystem, das an die Beschäftigten die größten Anforderungen stellt und auf dem noch ein Akkord, der Leistungslohn, aufgebaut ist — daneben gibt es Bagengeld u. a. m. — wird das letzte aus dem Arbeiter herausgepreßt. Dazu kommt, daß heute die doppelte Anzahl Maschinen gegenüber der Vorkriegszeit von den Arbeitern und Arbeiterinnen bedient wird. Fürwahr, das Leistungslohnsystem lohnt sich für die Aktionäre der Wolle. Herr Dr. Horst sollte einmal der

## Der Kampf der Tabakarbeiter — der Kampf der gesamten Arbeiterschaft.

In der Sitzung vom 23. November hat der Bundesvorstand beschlossen, den ausgeschlossenen Tabakarbeitern die Hilfe der ihm angeschlossenen Gewerkschaften zu gewähren. Die angeschlossenen Gewerkschaften sind verpflichtet, pro männliches Mitglied 10 Pf., für jedes weibliche Mitglied 5 Pf. pro Woche an Unterstützung abzuführen.

Mit diesem Beschluß ist der Kampf der Tabakarbeiter zu einem Kampf der gesamten deutschen Arbeiterschaft geworden. Hoffen wir, daß der Kampf zu einem guten Ende für die Tabakarbeiter geführt wird.

diesen Vorschlag den Parteien neuerdings unterbreitete, stimmten ihm auch die Arbeitgeber zu, so daß damit die Bewegung zum Abschluß gekommen ist. Die eingetretene Lohnerhöhung beträgt 8,7 Proz.

### Textilrohstoffmärkte.

(Von unserem sachmännischen Mitarbeiter.)

Der Baumwollmarkt hat wieder einige recht aufgeregte Wochen hinter sich, denn die November-Ernteschätzung des nordamerikanischen Ackerbaubureaus entspricht weder den Erwartungen des Marktes noch den Annahmen der privaten Statistiker. Dieses Mal ging die Ueberrafung nach der anderen Seite. Man hatte angenommen, daß das nicht sehr gute Wetter die Ernteziffer weiter gedrückt hätte. Das Ackerbauministerium dagegen glaubt, eine leichte, aber immerhin merkbare Erhöhung der zu erwartenden Ernte herausrechnen zu können.

Es gibt übrigens einige private Statistiker von Bedeutung und Namen, die noch immer daran festhalten, daß die Ernte wesentlich höher sein wird, als das Ackerbauministerium jetzt selbst zugibt. Die Verbrauchseite aber kann augenblicklich, mag man nun zu den Ernteziffern stehen wie man will, noch größere Beachtung beanspruchen. Es ist kein Zweifel, daß sich in den amerikanischen Spinnwarenbereichen ein deutlicher Rückschlag bemerkbar macht. In den englischen Bezirken aber haben in der letzten Zeit zwischen den Kartellfreunden und den Freunden des freien Wettbewerbes Kämpfe begonnen, die in ihrer Dauer und Auswirkung überhaupt nicht zu übersehen sind.

### 25 Jahre Ortskassierer des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Der Kollege Emil Geiler in Callenberg bei Waldenburg in Sachsen kann am 30. November auf eine 25jährige Kassierertätigkeit für den Deutschen Textilarbeiterverband zurückblicken. Es ist ein seltenes Jubiläum, das der Kollege Geiler feiert. Es zeugt von seltener Pflichttreue und Ausdauer. Es zeugt von einem unerschöpflichen Born von Idealismus und Vertrauen zur Arbeiterbewegung. Er hat zweifellos in den langen Jahren seiner Tätigkeit für die Arbeiterbewegung manche Widerwärtigkeiten und manche Enttäuschung erleben müssen. Aber trotz alledem, er blieb seinem Ideal, der Arbeiterbewegung zu dienen, treu, und diese große vorbildliche Treue muß den Glauben in jedem Zweifelsenden stärken, daß die Gewerkschaftsbewegung sowie die Arbeiterbewegung überhaupt die gesteckten Ziele in zäher Arbeit erreichen wird. Mögen sich die jungen Kollegen an dem Kollegen Geiler ein Vorbild nehmen und versuchen, ihm gleichzutun. Wenn dies geschieht, dann wird der Deutsche Textilarbeiterverband bald über alle seine Gegner triumphieren können.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes wünscht dem Kollegen Geiler zu seinem 25jährigen Kassiererjubiläum alles Gute und hofft, daß er noch lange in so vorbildlicher Weise die ihm liebgewordene Tätigkeit ausüben kann.

### Der Lohnkampf in Westthüringen.

In diesem Bezirk haben bekanntlich die Belegschaften der Strickerbetriebe in Mühlhausen i. Th. und zweier Webereien in Langensalza als Antwort auf den völlig ungenügenden Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Erfurt die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eingereicht. Somit werden am 26. November 1500 Textilarbeiter in den Streik treten. Als Gegenmaßnahme haben die Arbeitgeber der Textilarbeiterchaft des gesamten Bezirks zum 3. Dezember die Aussperrung angekündigt. Von der Aussperrung würden etwa 9000 Textilarbeiter betroffen werden. Vorsorglich haben jedoch die Arbeitgeber gleichzeitig beim Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Erfurt beantragt. Das Reichsarbeitsministerium hat die Parteien zum 28. November zu Verhandlungen nach Berlin geladen.

### Lohnabschluß für Kassel und Umgegend!

Mit dem Lohnstreik in der Textilindustrie von Kassel und Umgegend hatte sich am 29. Oktober der Schlichtungsausschuss Kassel auf Anruf des Arbeitgeberverbandes zu beschäftigen. Er fällte einen Schiedspruch, wonach die Lohnsätze ab 1. November um 11,3 Proz. zu erhöhen sind. Außerdem sah der Schiedspruch noch einige Verbesserungen für die Arbeiter der Blandruckerei und der Hochhaarspinnerei in Kassel und für die Dämpfer und Arbeiter an der Waschmaschine vor. Diesen Schiedspruch lehnten die Arbeitgeber ab. Arbeitnehmerseits wurde er angenommen und seine Verbindlichkeit beantragt. Am 17. November fanden vor dem Hanauer Schlichter Verhandlungen über diesen Antrag statt, die jedoch scheiterten. Daraufhin hat der Schlichter den Schiedspruch am 21. November 1927 verbindlich erklärt. Die neue Lohnregelung hat Geltung vom 1. November 1927 bis zum 31. Oktober 1928.

### Einigung in der Fuldaer Textilindustrie.

Für die Textilindustrie in Fulda und Oberhessen hatte der Schlichtungsausschuss Hanau einen Schiedspruch gefällt, wonach die Lohnsätze um 6,8 Proz. erhöht werden sollten. Der Spitzenkündendruck sollte gleichzeitig als Akkordbasis für die Akkordarbeiter gelten. Bisher lag die Akkordbasis 1 1/2 Pf. unter dem Spitzenkündendruck. Dieser Schiedspruch war seitens der Arbeitnehmer abgelehnt worden. Die Arbeitgeber beantragten die Verbindlichkeitsklärung. Am 8. November fanden über diesen Antrag Verhandlungen vor dem Schlichter statt. Dieser bemühte sich vergebens eine Einigung herbeizuführen. Ein Vorschlag seinerseits, den Spitzenlohn um einen weiteren Pfennig zu erhöhen, wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Nachdem aber der Schlichter

Deffentlichkeit vorrechnen, um wieviel höher der Lohn sein könnte, wenn die Ersparnis von Lohn für weniger Arbeitskräfte den Beschäftigten zugute käme.

Der Zweck der Reden des Herrn Dr. Horst und der Veröffentlichungen des Konzerns ist nur, die Deffentlichkeit hinwegzutäuschen über das Bestreben, die Arbeiterschaft an der Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte zu hindern, die Betriebsräte zu beseitigen, um einseitig die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen. Die Gewerkschaften werden in Grund und Boden verdammt, weil sie nicht Selbstmord aus Liebe zu Dr. Horst begehen wollen. Das Gerede von den schematischen Tarifverträgen ist völlig aus der Luft gegriffen; die Entlohnung erfolgt durchaus nicht schematisch. Der Lohn ist abgestuft nach Jahresklassen, nach Geschlecht und nach den einzelnen Abteilungen. Hierbei ist die Leistung völlig berücksichtigt. Hinzu kommt das bis auf die letzte Sekunde ausstuferte Akkordsystem. Wir waren auch bereit, über den besonderen Leistungslohn jederzeit in Verhandlungen einzutreten. Diese Verhandlungen sind von der arbeitstreuen undlichen Direktion und Herrn Dr. Horst abgelehnt worden, weil sie diktieren wollen. Man ist besorgt darum, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich organisieren und Beiträge zahlen, um sich gegen die ungesetzlichen Diktaturgefühle wehren zu können. Die Beiträge für den gelben Werkverein zieht man gleich vom Lohn ab. Wenn Arbeitnehmerorganisationen oder einzelne Arbeiter gegenüber Schlichtungsinstanzen, Behörden oder Gerichten eine solche Sprache führen würden, wie die Herren von der Nordwolle, würde man anders mit ihnen umspringen. Es wird höchste Zeit, daß das Reichsarbeitsministerium eine entschiedener Sprache gegen solche Scharfmacherallüren führt. Oder gelten Gesetz und Recht für die Arbeiterschaft nicht? Die Arbeiterschaft hat es selbst in der Hand, zu verhindern, daß sie recht- und willenlos gemacht wird, indem sie der organisierten Macht des Konzenterns ihre organisierte Macht entgegenstellt, diese Macht ist der Deutsche Textilarbeiterverband. Dieser wird verhindern, daß Herr Dr. Horst in die Verlegenheit kommt, sich als Direktor und Prediger „neuer sittlicher Ideen“ und „einer neuen Weltanschauung“ aufzuspielen. Zu einem „Retter der Wirtschaft“ gehört mehr, als was die Herren der Welle bisher zum Schaden der Arbeiterschaft ausgeheckt haben.

Deutscher Textilarbeiterverband. Filiale Döhlenhorst.

Inzwischen hat Dr. Horst eine Broschüre geschrieben, die die gewagtesten Behauptungen enthält. Wir werden auf den Inhalt der Broschüre gelegentlich zurückkommen und die unwarhären Angriffe des Verfassers auf den Deutschen Textilarbeiterverband richtig stellen. D. Red.

Der Lohnkampf in der obererzgebirgischen Textilindustrie.

Am 31. Oktober lief der Tarifvertrag für die Textilindustrie des obererzgebirgischen Bezirkes ab. Die Löhne des abgelaufenen Tarifes bewegten sich in den einzelnen Altersklassen von 16,5 bis 38 Pf. pro Stunde. Trotz achtmaliger Veränderung nach der Inflation sind die Löhne äußerst niedrig. Von einem Tarifablauf zum anderen wurde die Arbeiterschaft verrätet; die Arbeitgeber erklärten, daß die Wolleindustrie noch arg darniederliege und sich erst erholen müsse. Die Betriebe haben sich inzwischen erholt, die Konjunktur ist gut, die Arbeiterschaft erwartet, daß nun endlich die Löhne den veränderten teuren Verhältnissen angepaßt werden. Die Forderungen der Arbeiter betragen in den einzelnen Altersklassen 25 bis 75 Pf. pro Stunde, gemiß eine bescheidene Forderung, angesichts der Teuerungsvverhältnisse im Annaberger Bezirk. Bei den Verhandlungen am 24. Oktober erklärte Herr Syndikus Dr. Knors, daß bei den Unternehmern keine Geneigtheit bestehe, Lohn erhöhungen zu gewähren, die Forderungen der Arbeiterschaft hätten überhaupt keine Unterlage für Verhandlungen, die Vertreter der

Arbeiterschaft sollen erst ihre Forderungen herabsetzen, früher sei eine Verhandlung nicht möglich, die Arbeitervertreter wiesen diese Zumutung zurück, daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Die Unternehmer riefen nun den Schlichtungsausschuß um Vertragshilfe an. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß fanden am 10. November in Annaberg statt. In den Vorverhandlungen boten die Unternehmer als höchstes Entgegenkommen 8 bis 11 Proz., dies mußte von den Arbeitern als viel zu gering abgelehnt werden. Darauf fällt der Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrats Schröder, Chemnitz, folgenden Spruch:

Die zwischen den Parteien bisher geltenden Löhne werden vom 12. November 1927 an erhöht wie folgt:

Table with 2 columns: Lohnklasse (um 10, 11, 12, 13 Proz.) and Alter (über 20 Jahre, 18 bis 20 Jahren, 16 bis 18, 14 bis 16).

Der Akkordgrundlohn wird auf 58 Pf. festgesetzt, dazu kommt 20 Proz. Akkordzuschlag. Die Löhne für Vorrichtungen und Annoten für 100 Fäden werden um 13 Proz. erhöht. Lehrlinge erhalten im 1. und 2. Jahre 13 Proz., im 3. Jahre 12 Proz. mehr.

Der Arbeitsmann.

Wir haben ein Bett, wir haben ein Kind, mein Weib! Wir haben auch Arbeit, und gar zu zweit, und haben die Sonne und Regen und Wind; uns fehlt nur eine Kleinigkeit, um so frei zu sein wie die Vögel sind: Nur Zeit!

Nur Zeit! Wir wittern Gewitterwind, wir Dolb Nur eine kleine Ewigkeit; uns fehlt ja nichts, mein Weib, mein Kind, als all das, was durch uns gedeiht, um lähn zu sein, wie die Vögel sind: Nur Zeit!

Richard Dehmel.

Diese Regelung gilt bis zum 30. November 1928 und ist erstmalig für diesen Zeitpunkt mit einer dreiwöchigen Frist kündbar. Die Parteien haben bis zum 15. November 1927 zu erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragen.

In einer sehr gut besuchten Versammlung, die an demselben Abend im Saale des Deutschen Hauses in Buchholz stattfand, berichteten die Kollegen Heye und Winkler über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, in der anschließenden Aussprache bringen sämtliche Redner ihre Unzufriedenheit zum gefälligen Schiedsspruch zum Ausdruck und verlangen von der Verhandlung, daß mit allen verfügbaren Mitteln bessere Lohnvereinbarungen herbeigeführt werden sollen. Die Versammlung lehnte den Schiedsspruch einstimmig ab. Es wurde weiter beschlossen, daß die Facharbeiter in fünf Betrieben die Kündigung einzureichen haben, andere Betriebe mit kürzeren Kündigungsfristen sollen später folgen. Die beste Förderung dieser Bewegung ist der massenhafte Anschluß an den Deutschen Textilarbeiterverband.

In der am 23. November 1927 vor dem Schlichter in Dresden stattgefundenen Nachverhandlung wurden die Einwände der Arbeitnehmer gegen diesen Schiedsspruch in feiner Weise beachtet. Die Arbeitgebervertreter erklärten nicht bevollmächtigt zu sein über den Schiedsspruch hinaus zu verhandeln und lehnten selbst noch ab, eine Auslegung zu geben, wie sie sich die Auswirkung dieses Schiedsspruches denken. Doch schienen sie dazu bevollmächtigt zu sein, zu erklären, die Aussperrung durchzuführen, selbst wenn sie wochen- und monatelang dauern würde, wenn die Facharbeiter die ausgesprochenen Kündigungen nicht zurückziehen. Nachdem die Verhandlung ergebnislos verlaufen war, wurde vom Schlichter für Sachsen der Schiedsspruch verbindlich erklärt.

Auf Umwegen.

Eine verantwortungslose Rede mit Hintergründen. — Der Cugus des Herrn Reichsbankpräsidenten. — Eine notwendige Privatlektion.

Wir haben einen Reichsbankpräsidenten, der gerne und sehr viel redet. Das ließe sich alles ertragen, weil Dr. Schacht zu den wenigen Menschen gehört, die wirklich reden können. Schlimm ist nur, daß der Mann in den letzten Wochen vieles gesagt hat, was er nicht mehr beantworten kann.

So erklärt sich das Aufsehen, das seine letzte Rede in Bochum am 18. November erregt hat. In dieser Rede zog der Präsident der Deutschen Reichsbank mit schwerstem Beschuß gegen die Auslandsanleihen der Städte zu Felde. Seine Ausführungen waren darauf abgestellt, die deutschen Städte bei den ausländischen Geldgebern „mieß zu machen“ und ihnen ihren Auslandskredit abzuschneiden.

Nach Lage der Dinge, angesichts der scharfen Kontrolle der städtischen Auslandsanleihen und der weiten Zurückhaltung der Städte bei Hereinnahme von Auslandskredit, kann von einer Gefahr städtischer Auslandsanleihen für die deutschen Finanzen und die deutsche Wirtschaft nicht gesprochen werden.

Wir haben deshalb Grund, anzunehmen, daß sich Dr. Schacht in seinem Kampf gegen die Städte von allen jenen Gründen leiten läßt, die der deutsche Privatekapitalismus seit Jahr und Tag gegen sie vorbringt. Dr. Schacht gehört zur deutschen Privatindustrie. Ehe er Präsident der Deutschen Reichsbank wurde, war er Leiter einer der größten deutschen Banken und Mitglied jenes Kreises von einigen Duzend Menschen, die auf Grund ihrer Kapitalmacht die deutsche Wirtschaft sozusagen unumschränkt beherrschen. Er schaut die Befähigung der Städte mit den Augen des deutschen Privatekapitalisten an, sieht in ihr jene berüchtigte „Lafte Sozialisierung“ und merkt wohl, was noch sonst. Schacht kämpft gegen die Wirtschaftsbetriebe der Gemeinden, gegen die Betriebe der öffentlichen Hand als Gegensatz zu den privatekapitalistischen Betrieben. Er hat bewußt in den Kampf zwischen Gemeinwirtschaft und Privatekapitalismus eingegriffen. Er kämpft nicht zuletzt aber auch gegen die soziale Fürsorge der Städte, gegen, um diesen Kampf im einzelnen zu kennzeichnen, das Bestreben, durch Notstandsarbeiten die heftigen Arbeitskrisen zu mildern und durch eine großzügige Boden- und Baupolitik den Jammer der Wohnungsnotmiserie abzubauen.

Deshalb behauptet dieser Reichsbankpräsident in seiner Bochumer Rede, die Städte treiben eine verschwenderische Ausgabenwirtschaft. Sie haben Grünanlagen geschaffen, Spiel- und Sportplätze errichtet und sogar Badeanstalten angelegt. Das sind für Schacht Luxusausgaben, im besten Falle nicht dringliche Ausgaben. Darin sieht er eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Wir kennen diese Melodie. Wir haben sie des öfteren in den Verlautbarungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gehört. Sie ist uns vor einigen Monaten auf der Industrietagung in Frankfurt a. M. ins Ohr geklungen, als sie der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Gewaltige vom Farbenruff, Herr Geheimrat Dinsberg, vortrug. Sie treibt ihr Unwesen in den Hunderten und Tausenden von Zeitungen, die die Industrie mit ihrem Gehalt ausfüllt. Diese Saiten werden gezupft, wenn die Beauftragten des deutschen Unternehmertums bei allen möglichen und unmöglichen Veranstaltungen ihre bekannten Reden halten. Das Lied von den verschwenderischen Städten. — Der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, hat es nur in Bochum mit viel mehr Geist und mit einer besseren Rhetorik vorgetragen. Es war gewissermaßen Spitzenleistung.

Die von Schacht erhobenen Vorwürfe gehen die deutschen Städte in erster Linie an. Auch sie haben ihre mächtige Organisation, den Deutschen Städtetag. Und der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. M u l e r t, hat jetzt Gelegenheit genommen, seinem Kollegen von der Reichsbank, Dr. Schacht, mal gründlich auf den Zahn zu fühlen. Die ganze Auseinandersetzung Mulert contra Schacht erhält den Anschein, als ob sich der Kampf um wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Grundsätze und Anschauungen zu einem Duell

Baumwolle.

Der Regier und die Regerin stecken schwitzend in der Blantoge drin. Der Grundherr sitzt bei Wein und Schmaus, er lacht sich die fettesten Brocken aus. Das war von Texas ein kleines Bild. Und nun die See — wie braust sie mild. Die Walle fährt nach Ost im Schiff: der Sturm, der Rebel, das böie Riff. Der Markt zu Bremen. Und die Fabrik. Die Spinnerin mit dem traurigen Bild. Und der Spinner hat acht Kinder daheim, die wollen alle gesättigt sein. Im großen Park das Herrenhaus, Lakaien springen ein und aus. Und fragst du, wer hier residiert — dann hörst du: der Wollkönig wohnt hier!

Raj Doris.

Das seidene Strumpfband.

Wende. Die Zeit war zu Zeit gekleidet. Die Fimdiva entledete sich heute allein, sie erwartete Besuch. Ihr Blick blieb hängen am neuen seidnen Strumpfband, das war blau wie der Wäntschimmel, und seiden war es, es sah schön am schönen Bein. Es war innen gummiert, mit schmalen schmalen hübsch garniert und geschmückt. Die Fimdiva lächelte, sie sah die schmalen weißen Finger unter des Gummibands, sie konnte die Zeichen des Fingers leicht an — und sah dann das Strumpfband auf den braungelben Seidenstrumpf zurückfallen — nicht! — machte das. Die Fimdiva lächelte nach etwas bedauerungsvoller — nicht! — da würde er sich freuen: der reiche Freund, der alte Kommerzienrat, sicherlich würde der sich über das neue himmelblaue Strumpfband freuen: wenn er seiner Freundin,

der Fimdiva Anastasia, den Monatswechsel von 20000 Mark in den Strumpf stecken durfte — in den Strumpf! — das tat er gar zu gerne — er tat noch mehr gerne, der alte Anabe mit den Zügen eines Jiegenbock.

Das Antlitz der Fimdiva ward hart. Ihre geförchten Lippen preßten sich übereinander wie zwei sich pearende Porzellanschnecken, eng — sehr hart sah das aus. Ihr Auge glimmte wie ein Nachtlämpchen, ein Jormesglimmen: gleich neben dem Jorm aber sah im Auge das Blitzen der Verzweiflung — zu allem fähig. Föhja: Gift zu schlucken oder der Welt den scharfen Dolch ins Herz zu stoßen.

Die Fimdiva dachte nach. War die Welt wirklich schlecht? Oder war sie nur schlecht, sie: die Anastasia, die von aller Welt hoch gefeierte Königin der klammernden Weinwand? War sie schlecht? Nein, sagte ihr Gewissen, ich ernähre meine alten Eltern, ich lasse meine beiden Brüder aus studieren, der kleinen Schwester zahle ich das Anzeum. Ich gebe allen Armen reichlich — um das alles zu können, verpuppel ich mich selbst: an den Meistzahlenden, im Augenblick ist das der alte grünäugige Geißbock, der dürre Kommerzienrat. Vor ihm gingen hundert andere durch meinen Schlafsalon, alles höchstzahlende. Und vor denen waren es die Allmächtigen vom Fim gewesen, die der kleinen Statistin die gestickte Unterwäde geschenkt hatten, um darin — — — Dann aber hatte die kleine Statistin Karriere gemacht, dank dem Allmächtigen, dank ihrem beschmückten Mädchenbette. Anastasia! hätte man sie gestaut! — und Anastasia prunkte es groß und rot und grün von allen Filmplaten.

Anastasia brauchte viel, viel Geld. Das Geld zerfiel ihr unter den Händen. Eine Zwölfzimmerwohnung in der Großstadt. Eine Villa an der See. Ein Landhaus im Gebirge. Ein Rennauto. Ein Stadauto. Ein Tourenauto. Kleider? Acht Samt — acht Seide — Bräufel Spigen. Juwelen, Puder, Schminke, Kotain und — seidene Strumpfbänder. Das gehörte alles dazu! Einige hunderttausend Mark im Jahre waren wie Butter vor der Sonne ihrer Verschwendung. Nie blieb das Geld jezt in ihrer Händen — immer hatte sie Schulden. Und die Schulden zwangen sie zur Prostitution, an den Meistbietenden mußte sie ihren schönen dreißigjährigen Körper verkaufen. Jazwohl! — sie war ihre eigene Kupplerin. Arme Anastasia, wie weim sie ger. blaue Perlen rollen ihr vor der schwarzgefärbten Bimpe her über die gepuderte Wangen, fallen auf das auf dem

Betrande lang ausgestreckt ruhende Bein: glitzern im himmelblauen Strumpfband wie Tau in einer blauen Irisblüte.

Ah!, die Divo senkt tief auf: dieses elende glänzende Leben! Doch, nur noch zurückkommen! Noch einmal leucht und rein sein. Wie war es doch gleich gegangen? In dem Auge der Divo steht eine dunkle Wand, die rollt plötzlich herab — und alle Fenster der Erinnerung stehen im Ruge der schönen Frau (perzungenweit auf. Jazwohl, daheim bei den Eltern war die Härte des Lebens angegangen, elf Geschwister, sie, die damals noch Anna hieß, sie war die Älteste: sie mußte die schlechte Laune der Mutter als Bligableiter auf sich nehmen. Härte bei den Eltern — Haß bei den Geschwistern, das war Annas Jugend. Und mit vierzehn Jahren — kam die Fabrik. Eine Spinne kam die Fabrik ans Herz der kleinen schönen Anna, sprach sich da die und jezt, spann Fäden, wie Hanfsticke so stark: um ihre zarte Seele herum. Kein Gefangenert litt härter als die kleine vierzehnjährige Fabrikarbeiterin. Textilarbeiterin war sie. Ein, zwei, drei, vier — vier lange Jahre hin. Und diese Jahre waren: Hunger!

Dann war sie achtzehn. Aber es blühte kein Mai, es blühte auch keine Liebe. Und sie war doch so schön, die kleine Spinnerin Anna. Und ihre Schönheit rief ihr heimlich ins Ohr: gehe du zum Film! Hoi, das wäre ein Lauch. Den Hungerlohn der Fabrik eintauschen gegen die Goldgoge einer vergötterten Divo: das, wenn möglich wäre.

Der Filmagent sagte: Es geht. Und er küßte die kleine Anna. So ganz besonders. Er wollte noch mehr — aber Anna wollte nicht. No später, dachte der Filmagent, und er brachte Anna unter: als Statistin. — Sehr bald: war das denn wirklich der Film? hier war es nicht viel anders als in der Fabrik — Hungerlöhne dort — magere Löhne hier. Und immer kamen die „Herren“ von der Regie und vom Bureau und von der Agentur: Schöne Anna, wie schmucken deine Lippen, laß mal probieren. Anna gab nach, erst dem Untersten, der öffnete ihr die Türe zum Oberen — und als Anna von Hand zu Hand, von Bett zu Bett gegangen war — da hieß sie eben Anastasia — sie war bald berühmt und reich (scheinreich, verdorben und tief, tief unglücklich ward sie.

Wer war der Schuldige? Ihr Reichthum? Die Verführer? Dieser war schuld: Die Fabrik! Hätte Anna in der Fabrik Freude

zweiter Menschen verdichtet hat. Diese Tatsache ist nicht das Unwichtigste an den ganzen Ereignissen.

Dr. Schacht schneidet in diesem Duell äußerst schlecht ab. Dr. Mulert attestiert ihm in seiner Entgegnung so mancherlei, was man gewöhnlich nicht hinter den Spiegel steckt. Mit Erstaunen erfährt man z. B., daß die sämtlichen Gemeinden in Deutschland in den letzten vier Jahren nur 548 Millionen Mark an Auslandsanleihen aufgenommen haben. Das sind nur 10 Proz. der deutschen langfristigen Verschuldung.

Die deutschen Städte haben sich in der Aufnahme von Auslandsanleihen größte Beschränkung auferlegt. Wo man aber Auslandsgeld aufgenommen hat, wurde dieses Kapital für produktive Zwecke verwendet.

Rein Dollar, kein Gulden, kein Pfund der Auslandsanleihen ist für unproduktive Zwecke ausgegeben worden. Die aufgenommenen Auslandsgelder sind ausschließlich produktiven Zwecken (Elektrizität, Gas, Wasser, Hafenanlagen, Verkehrsmittel usw.) zugeleitet und vorzugsweise für die Modernisierung und Ausgestaltung der städtischen Versorgungsbetriebe verwendet worden. Die Erträge der mit Auslandsgeld geschaffenen Werte haben nicht zu einer Belastung, was Schacht in seiner Bochumer Rede behauptet, sondern zu einer Entlastung der Steuerzahler geführt.

Bei der deutschen Privatindustrie, die sich mit 90 Proz.

der von Deutschland überhaup aufgenommenen Auslandsanleihen vollgezogen hat, betrachtet man — und das gilt ja auch für Dr. Schacht — die Aufnahme von Auslandsgeld ganz anders. Da wird jeder Auslandskredit mit der Notwendigkeit der Nationalisierung begründet. Bei den Städten soll auf einmal rot sein, was bei der Privatindustrie weiß ist. Das muß zu denken geben. Wir haben bereits angedeutet, daß wir in einem Kampf zwischen dem Privatkapitalismus und der Gemeinwirtschaft stehen, einem Kampf, der sich in dem Ansturm des privaten Unternehmertums gegen die wirtschaftliche Betätigung der Städte, die städtische Regie, äußert. Wie schön wäre es für den Privatkapitalismus, wenn die städtischen Wirtschaftsbetriebe, außerst fette Happen für gewisse Großkonzerne, in diesem Kampf infolge Mangels an Geld und Betriebsmitteln, kapitulierten und von der Privatindustrie für Äpfel und Ei, wie man so sagt, geschluckt würden! Und dann ein anderer Punkt von noch größerer Wichtigkeit. Die Städte sind heute Träger der sozialen Fürsorge. Bei ihnen liegt die Wohlfahrtspflege.

Das Schulwesen ist in ihre Hand gegeben. Sie müssen Gebäude kaufen, um eine vernünftige Wohnungspolitik treiben zu können. Sie haben die Sorge, durch Unterstützung des Sports usw. die Gesundheit des städtischen Nachwuchses zu erhalten. Bei ihnen liegt es, zur Zeit der großen Arbeitsmarktkrisen Notstandsarbeiten zu beschaffen. Alles das sind Dinge, die Geld kosten. Die schließlich ja auch den privaten Betrieb belasten und die Profite drücken. Weshalb sie dem Unternehmertum ein Dorn im Auge sind.

Deun dieses Unternehmertum will die eigentliche städtische Steuer, die Realsteuer, ja senken, um die Profite zu erhöhen. Was auf dem graden Wege, dem Wege der Realsteuerenkung über den Reichstag nicht geht, will man von hinten herum erreichen.

Man will einen Druck auf die städtischen Körperschaften ausüben. Man will ihre Ausgabenwirtschaft unter eine unerschütterliche Kontrolle der Industrie stellen. Deshalb hat schließlich der Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Bochum, mit schwerstem Geschick, das Vorbereitungsschießen aufgenommen. Man fragt sich immer wieder, weshalb so viel Wesens mit diesen Auslandsanleihen gemacht wird. Von diesen Auslandsanleihen hängt nicht nur ein gut Teil der Entwicklung auf unseren Arbeitsmärkten ab; hinter ihnen steckt ein genau überlegtes Programm der schwärzesten Sozialreaktion.

Soziale Fürsorge! Der Präsident der Deutschen Reichsbank nennt das Luxusausgaben. Hören wir, was Dr. Mulert darauf zu entgegnen hat. In seiner Bochumer Rede, so schilt Mulert den deutschen Reichsbankpräsidenten nach Hause, zählt Dr. Schacht vorwiegend solche Aufwendungen der Gemeinden auf, die in Wirklichkeit der Befriedigung der Bedürfnisse der Allgemeinheit dienen. Die körperliche Erziehung der Jugend ist für unser noch unter den Nachwirkungen der Unterernährung aus Kriegs- und Inflationszeit leidende Bevölkerung eine dringende nationale und soziale Pflicht. Kräftigung der Jugend bedeutet vom finanziellen Standpunkt aus gesehen unmittelbare Ersparnis von Kranken- und Fürsorgekosten. Wenn die Städte Spiel- und Sportplätze errichtet haben, so ist die

tragen, daß auch der ärmeren Bevölkerung Gelegenheit geboten wird, zu erschwinglichen Preisen primitivste Kulturbedürfnisse zu befriedigen. Die Vorbedingung für die Herstellung von gesunden und wohlfeilen Wohnungen, den Anlauf von preiswertem und geeignetem Gelände, eine vorzorgende Bodenpolitik sieht der Reichsbankpräsident aber als Luxus an.

Diese Rechnung des Herrn Reichsbankpräsidenten hat aber ein Loch. Er übersteht in seinen Betrachtungen über die Produktivität der Umlage der Auslandsanleihen einen sehr wesentlichen Faktor, den Menschen.

Deutschland ist arm an Rohstoffen, arm an Kapitalien. Die Arbeitskraft des deutschen Arbeiters bildet die wertvollste Grundlage unserer wirtschaftlichen Produktivität. Ihre Erhaltung und Förderung ist zugleich die Voraussetzung für Deutschlands Leistungsfähigkeit.

Jeder, der die Dinge unparteiisch betrachtet, kann diesen Mulertischen Ausführungen nur mit vollem Herzen zustimmen. Eine Schande ist es nur, daß so etwas noch ausdrücklich gesagt werden muß, daß eine solche Belehrung sich für einen Mann notwendig macht, in dessen Händen die Entscheidung über das Schicksal des deutschen Volkes mit liegt.

Das kennzeichnet aber auch den Ernst der ganzen Situation. Friedrich Ditt.

Die Rechtsregierung: „Dorne geht bei unserem Liebling nichts mehr rein, Herr Kollege, versuchen wir es doch von hinten!“



Politische Wochenschau.

Vor Neuwahlen zum Reichstag. — Die Einnahmen des Reichs. — Schiele verteuert den Kinderblock. — Die Städtefeindschaft des Reichsbankpräsidenten. — Ein politisches Tendenzurteil in München.

Der Reichstag hat seine voraussichtlich letzte Tagung vor den Neuwahlen begonnen. Man kann mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Auflösung schon im Frühjahr kommen wird. Die einzige Partei, die den Reichstag bis zu seinem natürlichen Ende im Dezember 1928 zusammenhalten möchte, sind die Deutschnationalen, weil sie solange wie möglich der Abrechnung mit der von ihnen betriebenen Politik entgegen wollen. Das Zentrum dagegen, das sich durch die Teilnahme am Bürgerblock seinen Arbeiterwählern gegenüber in eine höchst unglückliche Situation hineingemauert hat, will nur noch das Schulgesetz nach Hause bringen, den Etat für das nächste Jahr fertigstellen und nach den Neuwahlen sich darüber entscheiden, ob es künftig mit rechts oder mit links regieren soll. Die Ergebnisse der Einzelwahlen in Hamburg, Braunschweig, Bremen, Mecklenburg und anderen Teilen des Reichs lassen keinen Zweifel darüber, daß der neue Reichstag ein ganz anderes Gesicht tragen wird, als der jetzige. Die Deutschnationalen werden starke Verluste erleiden, die Völkischen dürften ganz aufgegeben werden, auch der Deutschen Volkspartei wird es schlecht gehen. Die eigentliche Siegerin wird voraussichtlich die Sozialdemokratie sein und es hängt von den Wählern ab, ob der sozialdemokratische Zuwachs stark genug sein wird, um eine entschiedene Linksentwicklung des politischen Lebens in Deutschland zu ermöglichen. Aus einer geheimen Sitzung der deutschnationalen Parteileitung ist bekannt geworden, daß diese auch mit einem starken Zuwachs der kommunistischen Stimmen rechnen, so daß dadurch der deutschnationale Verlust wieder weitgemacht und die Neubildung des Bürgerblocks ermöglicht werden würde. Auf alle Fälle muß die Arbeiterklasse rechtzeitig ihre Vorbereitungen zu dem kommenden Wahlkampf treffen, weil er für längere Zeit die Entscheidungen über die Politik in Deutschland bringen wird.

gegenüber in eine höchst unglückliche Situation hineingemauert hat, will nur noch das Schulgesetz nach Hause bringen, den Etat für das nächste Jahr fertigstellen und nach den Neuwahlen sich darüber entscheiden, ob es künftig mit rechts oder mit links regieren soll. Die Ergebnisse der Einzelwahlen in Hamburg, Braunschweig, Bremen, Mecklenburg und anderen Teilen des Reichs lassen keinen Zweifel darüber, daß der neue Reichstag ein ganz anderes Gesicht tragen wird, als der jetzige. Die Deutschnationalen werden starke Verluste erleiden, die Völkischen dürften ganz aufgegeben werden, auch der Deutschen Volkspartei wird es schlecht gehen. Die eigentliche Siegerin wird voraussichtlich die Sozialdemokratie sein und es hängt von den Wählern ab, ob der sozialdemokratische Zuwachs stark genug sein wird, um eine entschiedene Linksentwicklung des politischen Lebens in Deutschland zu ermöglichen. Aus einer geheimen Sitzung der deutschnationalen Parteileitung ist bekannt geworden, daß diese auch mit einem starken Zuwachs der kommunistischen Stimmen rechnen, so daß dadurch der deutschnationale Verlust wieder weitgemacht und die Neubildung des Bürgerblocks ermöglicht werden würde. Auf alle Fälle muß die Arbeiterklasse rechtzeitig ihre Vorbereitungen zu dem kommenden Wahlkampf treffen, weil er für längere Zeit die Entscheidungen über die Politik in Deutschland bringen wird.

Nach den amtlichen Mitteilungen zeigen die Einnahmen des Reichs an Steuern und Zöllen eine ständig aufwärtsgehende Entwicklung. Im Oktober ist mit 970,5 Millionen Mark der bisher höchste Monatsertrag erreicht worden. Das Rückgrat der Einnahmen des Reichs bilden noch immer der Lohnabzug und die Massensteuern, zu denen auch die Zölle gerechnet werden müssen. Die Neuwahlen zum Reichstag werden auch die Entscheidung darüber bringen, ob die von der Sozialdemokratie geforderte Umgestaltung des Steuerwesens zugunsten der minderbemittelten Volkskreise durchgeführt wird. Der Bürgerblock will davon nichts wissen. Selbst die durch Gesetz vorgegebene Erhöhung des steuerfreien Einkommens auf 140 Mark im Monat für Ledige, für Familienvorstände entsprechend höher, wie es ein sozialdemokratischer Antrag will, ist bisher noch nicht durchgeführt worden.

Wie sehr die Rechtsparteien, allen voran die Deutschnationalen, nur auf die Füllung der eigenen Tasche bedacht sind, zeigte sich mit der größten Deutlichkeit bei der Beratung des Handelsvertrags mit Südslawien. Der deutsche nationale Reichsminister Schiele hatte diese Gelegenheit benutzt, um den Zoll auf sogenannten Industrie Mais, der in der Form von Maisstärke zur Herstellung von Kinderernährungsmitteln und Puddingpulvern benutzt wird, von 3,20 Mark auf 5 Mark pro Doppelzentner zu erhöhen. Die Sozialdemokratie wies nach, daß Herr Schiele persönlich an der Erhöhung des Maiszolles interessiert ist weil er mit erheblichem Kapital an mehreren Kartoffelfabrikanten beteiligt ist, die sich von der Konkurrenz der Maisstärke-

Initiative nicht von ihnen ausgegangen. Es galt, Beschäftigung für die ungeheuren Erwerbslosenmassen durch Notstandsarbeiten zu finden. Die Städte haben zu jener Zeit auch wiederholt und dringend angeregt, diese Mittel für Wohnungsbauten freizugeben. Ihre Vorschläge wurden abgelehnt. So bildete die Anlage von Spiel- und Sportplätzen und auch von Städten mit ihren großen Erdarbeiten neben Wegebauten, der Anlage von Grünflächen usw. eine der Hauptbeschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbslose. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung würde auch zu kulturwidrigen Einrichtungen genötigt sein, wenn nicht die Gemeinden durch eine vorausschauende Städtebaupolitik und Beschaffung von Grünanlagen, Anlage von Schwimmbädern usw. Sorge

— und er steckt der Diva das Geld unter das himmelblaue Strumpfband. Dann geht er — zur Türe — der Griff —

Doch was tut er nun?, der edle „Freund“, über sein Bocksgesicht weht ein dunkler Schatten: die Halsucht! Er läßt den Türgriff nachmals los, er lehrt sich um, er macht fünf Schritte, noch zwei, dann beugt er sich zu der Türe hinab, sein Auge wird scharf und hart wie eine Dolchspitze, er greift zu — er hat es, zwischen den Fingern, das Geld, die 20 000 Mark. — Und er schiebt das Geld wieder in seine braunlederne Brieftasche zurück, die wird etwas bieder.

Und was tut er nun? Er hat die Hand unter dem himmelblauen Strumpfband, aber sie ist doch toll, die „Freundin“. Eben gerade darum. Der Bock will ein „Andenken“. — Er nimmt beide Hände, die zittern leicht, das schöne Bein ist kalt — doch es geht, noch etwas weiter hinausziehen — jetzt über den Fuß hinweg — hui!, wie von Gips, dieser kalte steife Fuß. Aber jetzt steht er auf. Er hat es, das seidene Strumpfband der Toten, er drückt einen brennenden Kuß darauf. Er schiebt es zusammengeknäuel in die Brusttasche, ein kostbarer Totisman, vom schönsten Frauenbein der Welt. Nicht um ein Aktienpaket der „Bereinigten Textilwerke“ würde er das Strumpfband der Diva Anastasia wieder hergeben. Sie ist tot, aber jede Nacht wird er unter seinen Hintern das himmelblaue Strumpfband legen, dann wird er träumen — der alte Sadi!

Wie ein Dieb schleicht er zur Türe. Ist sein Gewissen rein? Halb. Denn — ein! — Strumpfband hat die Tote noch — und eins kann sie wohl entbehren.

Am nächsten Mittag war der Herr Kommerzienrat im eichengetäfelten Banksaal. Blühende Sitzung der Aufsichtsräte vom Textillongern. Und der alte Herr Kat rief mit feister, sehr energischer Stimme: „Was, schon wieder neue Lohnforderungen? Solche Frechheit, wir sperren sie alle aus.“ — Das war doch noch Energie! Das war ein tüchtiger Entschluß. Das war gute Männlichkeit. Das war der richtige Standpunkt. — Aber der Geist der Rache nahm auch seinen richtigen Standpunkt. Die tote Diva stand hinter dem Herrn Kommerzienrat, sie wollte ihr Strumpfband wieder haben, von hinten her griff sie an die Brusttasche des Reichenshändlers — dabei mußte ihre kalte Geisterhand wohl sein Herz berührt haben — denn er fiel hart um, wie ein Balken Holz — er war tot. Die Ärzte konstatierten: Schlagfluß! Max Dortu.

gehört, wäre sie in der Fabrik satt geworden — nie wäre sie hinter die trügerische Leinwand der stimmenden Welt gegangen.

Die Filandiva weint heiße Tränen: könnte sie noch einmal an der Webmaschine stehen, sie täte es gerne. Eine Revolutionärin würde sie sein, die ihre Kameradinnen zusammenschloß, zum Verband, zum Sturmklub: gemeinsam würden sie die Paläste der Fabrikherren stürmen, ihre Arbeiterinnenrechte würden sie laut fordern: das Sattwerden, das sichere Geborgensein in Kleidung und in Wohnung! — Ach, Träume, alles ist hin, war nicht ihr „Freund“, der grünäugige, bodenbeinige Kommerzienrat selber ein Traum über den Fabriken? Wohnie nicht auch er in einem luxuriösen Palast? Ei, gewiß doch. Und die monatlichen 20 000 Mark „Strumpfgeld“, wozu nahm die der alte Bock? Wer erarbeitete ihm das Geld? Die Mädchen in der Fabrik erarbeiteten es ihm. Er war Aufsichtsrat eines bedeutenden Textilkonzerns. Anastasia lebte also vom Blut der einstigen Kolleginnen. Wie eine Tigerin empfand sie sich — wie eine blutsaugende Tigerin am Rücken des Proletariats.

Die Diva weint nicht mehr. Sie wird marmor. Sie steht vor dem Spiegel, nachend — nur Strümpfe hat sie an, Strümpfe mit himmelblauen seidnen Bändern herum. Eine griechische Göttin — die Leben unserer Zeit werden will. Leben werden? Nein — Tod will die Diva werden. Sie hebt ihre schöne schmale Hand: ein Revolver funkelt darin, klein und stählern. Der Spiegel, das nackte schöne Weib, die erhobene Hand, das Ziel: die Schläfe — und: pum! — Alles war aus.

Nachts. Er kam sehr spät, oder besser: sehr früh: Er, der „Freund“, der Kommerzienrat, der grünäugige alte Bock. Wie ein schleichernder Schatten huscht er ins Bouboir seiner Diva — er will — da steht er plötzlich fest, wie vom Schläge getroffen, seine Ädern am Hals werden blau — die Diva liegt tot, am Perseerteppich, Blut schneidet wie ein schwarzer Strich von der Schläfe her trocken über die gepuderte Wange.

Der „Kommerzienrat“ verdreht die Augen. Dann wird er witternd — wie ein Spürhund. Er küßt die kalten Lippen seiner „Freundin“, er küßt ihr die roten Erdbeeren — zum letzten Male, die Erdbeeren auf den weißen Beeten der hohen Brüste. Dann — dann — dann entnimmt er seiner Brieftasche ein Päckchen Banknoten, die faltet er zusammen — das war der Monatswechsel, 20 000 Renten



fabriken bedroht fühlen. Schiele konnte in öffentlicher Reichstagsagung diesen Tatbestand nicht ableugnen, er verteidigte sich aber damit herauszureden, daß die Fabriken, an denen er beteiligt ist, neben Kartoffeln auch etwas Mais verarbeiten. In Wirklichkeit handelt es sich dabei nur um ein so geringes Quantum, daß die Kartoffelstärkeherzeugung in Schiele's Fabriken gar nicht davon berührt wird. Auf jeden Fall zeigt diese Vermengung von Geschäft und Politik bei einem Minister, was von der „Reinheit des öffentlichen Lebens“ zu halten ist, um die die Deutschnationalen so besorgt sind.

\* \* \*

Der Reichsbankdirektor Dr. Schacht hatte in einer Rede in Barmen die deutschen Städte einer luxuriösen Finanzgebarung beschuldigt und behauptet, daß sie Auslandsanleihen zu unproduktiven Zwecken aufgenommen hätten. Diese Rede hat schon dahin geführt, daß die Kurse für deutsche Kommunalanleihe in Amerika erheblich gefallen sind und daß es den deutschen Städten jetzt schwer fällt, überhaupt noch Anleihen im Auslande aufzunehmen. Nimmere veröffentlicht der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Wulert, eine Darstellung, die die Behauptungen des Reichsbankpräsidenten als unwahr zurückweist. Für unproduktive Zwecke ist von den deutschen Städten überhaupt nichts ausgegeben worden, die aufgenommenen Auslandsanleihen wurden ausschließlich für produktive Zwecke, vor allem für die Versorgung der Bevölkerung mit Kraft und Licht und für den Ausbau der Verkehrsmittel verwendet.

Die sogenannten Luxusausgaben haben lediglich darin bestanden, daß die Städte drei Jahre lang Notstandsarbeiten für die Erwerblosen ausführen mußten. Es wurden auf diese Weise Sportplätze und Parkanlagen geschaffen, die der Förderung der Gesundheit der Bevölkerung dienen. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist auf Antrag der Sozialdemokratie die skandalöse Rede des Reichsbankpräsidenten bereits zurückgewiesen worden. Außerdem wird diese Angelegenheit, die die Öffentlichkeit aufs stärkste bewegt, bei der Beratung der sozialdemokratischen Wirtschaftsinterpellation im Reichstag zur Sprache gebracht werden.

\* \* \*

In München ist wieder einmal ein politisches Tendenzurteil gefällt worden, das das Mißtrauen der arbeitenden Bevölkerung gegen die deutsche Justiz noch weiter verstärken muß. Am 26. Mai d. J. hatte ein Zug von Nationalsozialisten in provokierender Weise ein Arbeiterviertel in München passiert; dabei wurden sie von einer Gruppe halbwüchsiger Personen und Kinder nerhöht. Die Hafenkreuzer schlugen sofort auf die jungen Leute ein, die sich dagegen zur Wehr setzten. Es entwickelte sich eine Schlägerei, bei der aber die Nationalsozialisten den Kürzeren zogen. Einer von ihnen erhielt einen Schlag mit einer Latte über den Kopf, der seinen Tod zur Folge hatte. Trotzdem in der Verhandlung festgestellt wurde, daß sich die jungen Leute in der Notwehr befanden und der getöte Nationalsozialist zuerst mit einer Fahnenstange zugeschlagen hatte, erkannte das Gericht auf Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis hinauf zu 4 Jahren. Bei den Verurteilten handelt es sich um junge Proletarier von 17 bis 21 Jahren, deren Familien zumeist auf ihre Arbeitskraft angewiesen sind, da die Väter entweder im Kriege gefallen oder zu Krüppeln geschossen worden sind. Offenbar sollten aber mit diesem harten Urteil die Parteien der Linken getroffen werden, trotzdem die jetzt so hart bestrafte jungen Arbeiter bei der Abwehr der nationalsozialistischen Angriffe gewiß nicht an Politik gedacht hatten.

### Lohnerhöhung in der Hersfelder Textilindustrie.

In Hersfeld fanden am 21. November Verhandlungen statt, die zu einer Einigung der Parteien führten. Die Lohnsätze werden um 10,4 Proz. erhöht. Die Akkordlöhne in den Betrieben erfahren eine Erhöhung von 4 bis 8 1/2 Proz.

Das Lohnabkommen hat Gültigkeit ab 1. Dezember 1927 bis zum 31. Oktober 1928.

### Berichte aus Fachreisen.

Berlin. In der am 10. November im Gewerkschaftshaus stattgefundenen gut besuchten Mitgliederversammlung gab Kollege Becker als Kassierer den Bericht über die Gestaltung der Kassenerhältnisse im 3. Quartal. Erweitert wurde eine Aufwärtsbewegung in der Beitragsleistung, sowohl wie auch in der Mitgliederzahl festgestellt werden. Die von dem Referenten beantragte Entlohnung des Kassierers wurde einstimmig erteilt.

Stenograf erhielt Genosse Friedländer (Berlin) zu seinem Vortrag „Das heutige Rußland“ das Wort. Der Referent, der im Auftrag der „Textil-Zeitung“ seine in Berlin erscheinende Tageszeitung für den Textilarbeiter in Rußland bereite, verstand es in bestechender Weise bei den Anwesenden Aufmerksamkeit für seinen Vortrag zu erwecken. In ruhiger sachlicher Art bemühte er sich, ein klares Bild von den wirtschaftlichen Verhältnissen im heutigen Rußland, wie er sie gesehen hat, zu geben, was ihm auch gelungen ist und wozu ihm, abgesehen von kommunistischen Paraphrasen, von den Anwesenden durch ständigen Beifall gedankt wurde. In ruhiger, ohne Phrasologie, schilderte er die Verhältnisse, die das Sowjetregime gegenüber dem zaristischen Rußland im Laufe eines Jahrzehntes erreicht hat, er kühnte aber auch die davon resultierenden Schwierigkeiten, was heute noch im argen liegt und deren Vermeidung nur den deutschen Arbeiter innerhalb der letzten Jahrzehnte für etwas Selbstverständliches gilt. Zur Veranschaulichung des Rußlands, konnte er nachweisen, daß in Rußland erstens Textilarbeiterlöhne, gemessen an der Kaufkraft, viel niedriger als bei uns anzupreisen sind, woraus sich auch

die allgemein auffallende ärmliche Kleidung des russischen Proletariats erklärt. Wohnungselend und obdachlose Kinder, die zumtup zu Tausenden die Straßen der Städte bevölkern, sind zwar schwarze Punkte im Spiegel der Sowjets, die zu beseitigen allerdings die Regierung bemüht ist.

Zu einem Vergleich mit Deutschland und den übrigen westeuropäischen Staaten kommend, war der Referent der überzeugenden Meinung, daß es an den wirtschaftlichen Verhältnissen scheitern muß, die russischen politischen Verhältnisse auf Westeuropa zu übertragen. Den guten Willen zur Aufbauarbeit in Rußland anerkennend und zur Schätzung der geleisteten Arbeit mahnend, jedoch auch an die verberliche Rolle erinnernd, die die deutsche Sektion der kommunistischen Internationale zum Schaden der Arbeiterchaft Deutschlands führt, schloß der Referent seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: „Hände weg von Sowjet-Rußland, jedoch auch Hände weg von dem, was die übergroße Mehrheit der deutschen Arbeiterchaft als das gegebene Mittel betrachtet, durch das sie zu ihrem Ziele gelangt und was zu ihrem Wohle gereicht.“

In der Aussprache, die fast restlos von kommunistisch eingestellten Rednern bestritten wurde, konnte wesentlich anderes als das vom Referenten Angeführte nicht vorgebracht werden. Beachtenswert für die gesamte Arbeiterchaft sind Eingeständnisse und Redewendungen einiger Debattierender, die wohl ehrlich überzeugend und vor allen Dingen für den Sozialdemokraten etwas Selbstverständliches sind, in kommunistischen Presseorganen aber in gegenteiliger Meinung zum Ausdruck kommen. So erklärte im Verlauf der Debatte ein kommunistischer Redner: „Rußland hat noch nicht den sozialistischen Staat, sondern ist auf dem Wege dazu.“ Ein zweiter kommunistischer Redner erklärte: „Für Deutschland ist die Stunde noch nicht da, wo es möglich wäre, ein anderes als das jetzt bestehende Wirtschaftssystem aufzubauen.“ (Wie anders klingen doch diese vielleicht unwichtigen Zugeständnisse gegenüber der Schreibweise der SPD-Presse, die tagtäglich den breiten Massen weismachen will, daß zurzeit schon in Deutschland eine Umgestaltung möglich wäre, wenn nur die SPD. wollte.) Was Geistes Kinder die sogenannten politisch Unorganisierten sind, zeigt sich an einem Ausspruch eines weiteren Diskussionsredners, der wert ist unserer Kollegenchaft nicht vorzuenthalten zu werden.

Im Zusammenhang mit der Frage der Arbeiterdelegationen erklärte dieser: „Wenn man in ein fremdes Land geht, um alles sehen und lernen zu können, muß man sich an die Staatsmacht halten. Ich war in Italien, da habe ich mich selbstverständlich an den Faschismus gehalten.“ (Wie naiv! Man scheint nicht zu wissen, daß jede Staatsmacht größtes Interesse daran hat, nach Möglichkeit die guten Seiten eines Landes zu zeigen. Will man jedoch auch die Schattenseiten kennen lernen, so muß man unabhängig vom Staatsapparat seine Forschungen anstellen. Daß die Versammlung wohl die Neutralität des Redners erkaufte, kam dadurch zum Ausdruck, daß ein schallendes Gelächter ihm als Beifall galt, wie übrigens besagter Redner überhaupt zur Belustigung der Anwesenden wesentlich beitrug.)

Nach einem Schlußwort des Referenten, der zufriedenstellende Zustimmung auf die in der Diskussion gestellten Fragen gab, konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden. mbr.

Osternode a. H. Am Sonntag, dem 11. Dezember 1927, nachmittags 3 Uhr, findet im Schützenhaus die Generalversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen bittet Der Vorstand.

### An die organisierten Textilarbeiterinnen der Filiale Augsburg des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Auf Grund unseres Verbandsstatuts § 11 Ziffer 3 haben die Ortsgruppen Agitationskommissionen zu bilden, deren Aufgabe es ist, Agitation unter ihren Kolleginnen zu betreiben. Im Spätsommer 1925 schritt auch unsere Filiale zur Gründung einer Frauenteilkommission. In einigen Sitzungen dieser Kommission bestimmte man das Programm für die Nachfolgezeit. In den allwöchentlich am Dienstag stattgefundenen Versammlungen ist vor allem unter gleichgestimmten Klassengenossen ein ungezwungenes und gefelliges Beisammensein gepflegt worden. In den Versammlungen wurden Berufsangelegenheiten besprochen; Lichtbildvorträge über Baumwollanbau, Baumwollindustrie, Schwangerschaft, Schwangerschutz und Erwerbsarbeit der Frauen, Hamburg im Lichtbild u. a. wurden gehalten. Weiter haben Vorträge gewerkschaftlicher, arbeitsrechtlicher und gesellschaftlicher Art stattgefunden, die uns Frauen und Mädchen die Möglichkeit gaben, manch aufklärendes Wort in die indifferenten Kreise hineintragen zu können. Seit Herbst vorigen Jahres sind Nähabende eingeführt, die allen Besuchern es ermöglichten, unter sachmännlicher Anleitung Leib- und Bettwäsche, Kleidungsgegenstände usw. selbst anzufertigen.

Verehrte Kolleginnen! Um Euch nun zu zeigen, was fleißige Frauen- und Mädchenhände in den Nähabenden an Zuschneiden, Nähen, Häkeln usw. im Kreise organisierter Kolleginnen anfertigen, laden wir die gesamten Textilarbeiterinnen zuzudem Sonntag, dem 11. Dezember 1927, im oberen Lokal der Gesellschaftsbrauerei, Georgenstraße, stattfindenden Weihnachtsfeier, verbunden mit einer Handarbeitsausstellung, höflichst ein. Die Ausstellung beginnt für die Öffentlichkeit vormittags 10 Uhr, die eigentliche Weihnachtsfeier ist auf 4 Uhr nachmittags mit dezentem Programm festgesetzt. Die Ausstellung soll zugleich werdenden Charakter mit tragen und die Nützlichkeit und Notwendigkeit unseres Verbandes zeigen, um denselben neue Streiterinnen zuführen zu können. Deshalb nochmals: folgt unserer Einladung und besucht recht rege die Veranstaltung. Die Frauenteilkommission des Deutschen Textilarbeiterverbandes Filiale Augsburg.

### Achtung! Stricker und Strickerinnen!

Die Firma Gunglberger, Strickwarenfabrik in Memmingen in Bayern sucht in Deutschland und Österreich, vielleicht auch noch in anderen außerdeutschen Staaten Stricker und Strickerinnen. Die Firma weigert sich grundsätzlich, mit den Gewerkschaften ein ordentliches Tarifverhältnis abzuschließen. Vielmehr wurde in letzter Zeit versucht, dort einen gelben Werkverein zu gründen, was nur durch schärfste Abwehr verhindert wurde. Ungeübte Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten in diesem Werktrieb 4 bis 5 Mk. Wochenlohn im ersten Vierteljahr.

Da wir zurzeit besonders bestrebt sind, einen Tarifvertrag mit dieser Firma zustande zu bringen und Konflikte in der nächsten Zeit nicht ausgeschlossen sind, warnen wir vor jedem Bezug von Strickern und Strickerinnen nach Memmingen. Die Firma hat der Belegschaft mit umfangreichen Entlassungen gedroht und will diese Drohung durch Entsendung mit Arbeitskräften von auswärts in nächster Zeit scheinbar wahr machen.

Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Memmingen.

### Literatur.

Ein für jeden Textilarbeiter wirklich wertvolles Hilfsbüchlein erschien unter dem Titel:

#### „Textil-Wörterbuch“

im Friedrich Otto Müller Verlag, Altenburg i. Thür. Das von dem ebenso bekannten wie anerkannten Fachmann Gewerkschaftsdirektor, Städtedirektor Dr. Karl Schams, Reichenbach i. W., herausgegebene handliche Nachschlagewerk umfaßt 182 Seiten und kostet als Gebrauchsband entsprechend gut in Ganzleinen gebunden 2,80 Mk., bei Abnahme einer größeren Anzahl von Exemplaren ist es entsprechend billiger. Es bietet zunächst auf 155 Seiten eine alphabetische Zusammenstellung und Erklärung der wichtigsten im Textildgewerbe vorkommenden Ausdrücke und in einem Anhange von 27 Seiten dazu ein Verzeichnis der besten neuzzeitlichen textildgewerblichen Literatur.

Die lokale Reportage. In der soeben erschienenen Nr. 11 des „Wahren Jacob“ lesen wir:

Der Großherzog von Meiß-Schleiz-Kunnersdorf-Lichtenfels hatte einen Mann im Auto überfahren. Der „Lichtenfeller General-Anzeiger“ schickte einen Reporter zu dem Überfahrenen ins Krankenhaus. „Können Sie sich erheben?“ fragte der Reporter den Patienten. „Nein.“ „Dank, das genügt“, küßte der Reporter. Am nächsten Morgen las man im „Lichtenfeller General-Anzeiger“: „Wie wir zu unserer Freude erfahren, wurde der von dem Auto Seiner Königlichen Hoheit des früheren Großherzogs von Meiß-Schleiz-Kunnersdorf-Lichtenfels überfahrene Mann nach seinen eigenen Aussagen nur unerschwerlich verletzt.“

Der „Wahre Jacob“ ist zu beziehen durch die Buchhandlung J. H. W. Dieß Nachf. G. m. b. H.

Sozialdemokratischer Abreißkalender für das Jahr 1928. Das alte Jahr ist noch nicht zu Ende, aber schon schickt das neue seine Boten! Einer der beliebtesten und gar nicht mehr wegzudenkenden ist der Abreißkalender, den die Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt (Berlin SW 68, Lindenstr. 3) nun seit fast zehn Jahren herausgibt. Im Grunde ist dieser Kalender ein dickes Buch von mehr als 700 Seiten, das uns in vieler Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen kann. Er kostet zwei Mark — und das ist bei der Reichhaltigkeit des Inhalts wirklich sehr wenig. Wir empfehlen die Anschaffung.

„Kinderland“, ein Jahrbuch für die Ruben und Mädel des arbeitenden Volkes. Berlin. Verlag der Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt. Preis gebunden 1,50 Mk.

Der Kalender „Kinderland“ für das Jahr 1928 ist soeben erschienen. Bei aller Ähnlichkeit mit seinen Vorgängern zeichnet er sich vor allen Dingen durch seine erhöhte Brauchheit in der Ausstattung aus, die dem beliebten Buche diesmal eine ganz besondere Note gibt. Auch in seinem neuen Gewande ist dieses proletarische Kinderjahrbuch eine Gabe besser sozialistischer Literatur, die sich rasch ihre Freunde in den Reihen unserer Kleinen und Kleinsten erwerben wird. Schon das hübsche Deckbild fesselt das Auge. Das Kalenderium wird wieder von prächtigen Scherenschnitten umrahmt, die im Zusammenhang gesehen, davon erzählen, was ein junger Bursch, der als Schiffsjunge zur See geht, auf seiner Weltreise alles zu sehen bekommt. So rundet sich das Ganze auch diesmal zu einem schönen Wert, das bestimmt allen Kleinen, die es in die Hände bekommen, viele Freude machen wird. Der außerordentlich niedrig gehaltene Preis (1,50 Mk.) wird der weitesten Verbreitung dieses wirklich guten proletarischen Kinderbuches sicherlich günstig sein. Jeder, der seinen Kindern oder denen seiner Verwandten oder Bekannten eine Freude machen will, laufe darum das „Kinderland“ für das Jahr 1928“ und empfehle es weiter, wo er es irgend kann.

### Eingegangene Bücher!

Angelica Balabanoff. „Erziehung der Menschen zum Marxismus“. Schriftenreihe „Neue Menschen“, herausgegeben von Prof. Max Adler, zu beziehen durch die Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30, Gleditschstr. 6. Preis kart. 2,50 Mark, Leinen 3,50 Mk.

Elias Hurwicz. „Geschichte des russischen Bürgerkrieges“. Umfang 300 Seiten. Großformat, brosch. 4,50 Mk., kart. 5,50 Mk., Leinen 6,80 Mk. Zu beziehen durch die Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.

Sozialistischer Kulturbund. „Sozialismus und Kultur“. Zu beziehen: Sozialistischer Kulturbund, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte. Herausgegeben von Dr. Georg Flato, Ministerialrat im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe. Universitätsprofessor Dr. Huet, Dr. Alfred Gerstel, Landgerichtsdirektor, Dr. Hans Karl Ripperden. Band 1 zu beziehen bei Reimar Hobbing, Berlin, Großbeerenstr. 17. Bezugspreis 50 Pf. für den Bogen, fünf 4 Hefte sollen jährlich erscheinen.

Jürgen Kuczynski. „Der Staatshaushalt“. Ein Beitrag zur Erkenntnis der Struktur des kapitalistischen und des kommunistischen Staates. Umfang 48 Seiten, Großformat, Preis kartoniert 90 Pf. Zu beziehen durch die Laubische Verlagsbuchhandlung, Berlin. Dr. Otto Friedländer. „Hammer, Sichel und Mähe“. Ein Einblick aus dem heutigen Rußland. Zu beziehen: Textil-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 19, Leipziger Str. 62/63. Preis broschiert 1,20 Mk.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 4. Dezember, ist der Beitrag für die 48. Woche fällig.

Verlag: Karl Schaber in Berlin, Wilmersdorfer Str. 8 A. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßler in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

## Was muß die Arbeiterin wissen?

### Die Rechtsparteien gegen verbesserten Schwangerenschutz.

Der Thüringer Landtag bzw. sein Haushaltsausschuß beschäftigte sich mit der Verbesserung des gesetzlichen Schwangerenschutzes. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hat die Besprechungen veranlaßt. Die gesamte Fraktion lehnte eine zusätzliche Unterstützung der Schwangeren ab, die sechs Wochen vor der Entbindung der Arbeit fernbleiben. Bei 26 Stimmen der Linksparteien wurde gegen 25 Stimmen der Rechtsparteien (deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Mittelständler, Hakenknügler) beschlossen: im Haushaltsplan 1927 180 000 Mark für die Schwangerenfürsorge einzusetzen.

Wahlgermelt, diesen Beschluß hat erst der Haushaltsausschuß gefaßt. Nun bedarf es noch der Zustimmung des Landtages. Wie da die Entscheidung ausfällt, ist höchst zweifelhaft. In allen Fällen wird sie hart umkämpft werden müssen und schärfstem Widerstand begegnen. Dafür spricht insbesondere die grundsätzliche Gegnerschaft der Deutschen Volkspartei. Ihr Vertreter, ein Angehöriger der Schwerindustrie, meinte hämisch und zynisch bei der Besprechung des gleichfalls verlangten verbesserten Betriebsschutzes: „man könne sich nicht an jede Fabrik ein Krankenhaus bauen.“ So reden die Vertreter der Partei, die vor Wahlen den Frauen immer zuruft: „Wählt die sozialistische Partei, eure Mutterschaft in Gefahr.“ Welche Lehre ist daraus zu ziehen?

### Zwecklose Schwangerschaften — überflüssige Kinder?

In der „Wiener Arbeiterzeitung“ vom Oktober berichtet der Dozent Dr. Josef Leubner über Erfahrungen aus dem Kinderambulanzium der Wiener Gebietskrankenkasse. Gemeinsam mit Fürsorgertinnen wählte er hier aus der Fülle an Krankengeschichten 10 Fälle der letzten Jahre aus. Die Ursache ging sehr leicht, weil die Zahl der geborenen Arbeiterkinder immer noch sehr hoch ist. Fünf der ausgewählten Mütter haben bis 24 Schwangerschaften erlebt, sieben bis 19, zwölf Mütter also weit mehr als 15 Schwangerschaften. Alle hundert Frauen hatten zusammen 885 lebende Kinder geboren und außerdem 148 Fehlgeburten zu beklagen. Insgesamt sind das 1033 Schwangerschaften. Von jeder der 100 Frauen entfallen also mehr als 10 Schwangerschaften. 330 der lebend geborenen Kinder sind bereits wieder gestorben. Die 148 Fehlgeburten hinzugerechnet ergibt, daß 478 Schwangerschaften allein bei diesen 100 Frauen völlig zwecklos gewesen sind. Diese betrüblichen Vorgänge werfen erst die Frage auf: „Wer hat nun recht: die Mütter, die auf die soziale Not weiter Verweisungstreife hinweisen und verlangen, schützende Vorschriften zu schaffen, die auch diesen Schichten gelten, Einfluß auf die Zahl ihres Nachwuchses zu haben, oder die anderen, die solche Forderung als „staatslich konfessionierten Kindesmord“ hinstellen?“

Dr. Friedjung, der Wiener Fürsorgearzt, antwortet darauf: „All die Beschwerden, Schmerzen, Gefahren von einem Tausend Geburten, all der Verlust an Arbeitskraft, all das Opfer an Zeit und Geld waren umsonst verthan. Und was bedeutet das Sterben von 330 Kindern an Herzleid, schlaflosen Nächten, Schmerzen und Geißeln! Von unseren 100 Müttern waren nur 11 glücklich, bisher kein Kind begraben zu lassen; 89 hatten dieses erschütternde Erlebnis zu tragen, oft einmal, sondern mehrmals, ja manche oftmals. So hat die von ihren 24 lebend geborenen Kindern 16 begraben, eine aber von 19, nur 12 und so fort in schrecklicher Reihenfolge, so daß neun Mütter zusammen zwar 115 lebende Kinder zur Welt gebracht haben, von denen aber nur noch 34 am Leben sind; 81 waren für den Friedhof geboren. So sinnlos etwa spielt sich das Leben dieser armen Arbeiterfrauen ab. Im Jahre 1925 kommt die Frau Fr. mit dem Säugling zu mir; sie hat bisher sieben lebende Kinder geboren, eine Fehlgeburt, drei Kinder sind gestorben, sie hat so vier lebende Kinder. Zwei Jahre später, 1927, erscheint wieder mit einem Säugling. Nunmehr hat sie schon neun lebende Kinder geboren, eine Fehlgeburt und jetzt bereits fünf Kinder begraben. Es leben ihr also wieder nur vier Kinder; hat in zwei Jahren neuerlich zweimal zwecklos geboren.“

Wie kann es aber geschehen, daß die Kinder kinderreicher Mütter in so großer Zahl wieder weggerafft werden, da es in den Fürsorgeeinrichtungen doch gelungen ist, die Säuglingssterblichkeit, den wichtigsten Teil des Kindersterbens auf der Hälfte der Vorkriegszeit, auf acht Proz. herabzubringen? Diese Krankenblätter geben darüber ungewöhnlichen Aufschluß: Die kinderreichen Mütter haben weder die Zeit noch die Kraft, von den bestehenden Fürsorgeeinrichtungen Gebrauch zu machen. Während die anderen Mütter fleißig kommen, auch mit ihren gebunden Kindern, um unseren Rat anzuholen und so Krankheiten zu verhüten, sehen wir jene Mütter, mit vielen Kindern „gesegneten“ Mütter weit seltener, solange sie — in den ersten vier Monaten — eine Still-

prämie erhalten, wenn sie ihr Brustkind regelmäßig vorstellen, solange kommen sie. Mit dem Einstellen der Stillprämie hören ihre regelmäßigen Besuche bei uns auf. Das ist nicht ein Zeichen niedriger Gesinnung. Diese Frauen sind meist rührend brav. Aber die wenigen Schillinge sind schon eine fühlbare Erleichterung im vielköpfigen proletarischen Haushalt. Hört diese Lodung auf, dann finden solche Frauen nicht mehr die Zeit und die Energie, den gewohnten Gang zum Arzt zu machen. Man schiebt ihn auf — „dem Kind fehlt ja eh nichts“ — und verlernt ihn bald. Und erst wenn dem Kleinen etwas Ernstliches fehlt, kommt diese arme Mutter, vom schlechten Gewissen gedrückt, weil sie trotz meiner Aufforderung, öfters zu kommen, ausgeblieben war. Oft genug kommt sie, wenn es schon zu spät ist; seit zwei Wochen etwa

### Der Wolf und das Pferd



Eine Fabel, frei nach La Fontaine.

Auf einer Wiese weidete ein Pferd. Da kam ein Wolf, dem der Hunger in den Eingeweiden wühlte, herangeschlichen und dachte bei sich: „Das wäre ein fetter Happen für mich.“ — Er trat nun an das Pferd heran und gab sich als ein Schüler des Hippokrates, des großen Arztes, aus, und er versuchte es, jenseits Krankheit zu heilen. Er sah es dem Herrn Diener, der sich frei von Zaum und Zügel befand, an, daß ihm irgend etwas fehlen müsse. Er möge es ihm aber ruhig belassen und er werde ihm dann kostenlos eine Lezener spenden. — Das Pferd, das die Absicht des Wolfes durchschaute, beschloß, es ihm gehörig einzutränken. „Ich habe“, so sprach es, „ein Geschwür an dem rechten Hinterfuß. Kannst du mich davon heilen, so werde ich dir's danken.“ Dabei hob es etwas das hintere Bein, während der Wolf arglistig nähertrat, um in einem günstigen Moment sich auf das Pferd zu stürzen. Auf einmal jedoch holte das Pferd aus und verfehlte dem Wolf mit dem Fuß einen solchen

Schlag an den Kopf, daß ihm Hören und Sehen verging. Da hatte er es! Warum war er auch so dummt gewesen, sich so nahe an die gefährliche Stelle hinzustellen.

### Was lehrt diese Fabel?

Mit Arglist und mit roher Gewalt hat die Arbeiterschaft überall, vor allem aber im Betriebe, zu kämpfen. Dem einzelnen ist es unmöglich, so wachsam zu sein, daß er sich gegen alle eindringenden Gewalten, mit denen ihn der Kapitalismus bedrängt, schützen kann. Deshalb muß die Organisation diese Rolle des Wächters und Schützers übernehmen! Die Mahnung, daß sich jeder organisieren müsse, darf nicht unbeachtet bleiben. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband faßt alle Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu einer Einheit zusammen und verleiht ihnen erst Kraft und Stärke, allen Gewalten zu trotzen.

ist das Kind schon krank und da es „von selbst“ nicht besser wurde, rafft sich die von der Ueberlastung stumpf gewordene Frau endlich doch auf. Ist es dann aber ein wenig besser, so kommt sie trotz meiner Aufforderung nicht wieder, und das Leiden wird nicht ganz ausgeheilt oder eine Komplikation jagt sie von neuem aus ihrem Fatalismus auf. Diese stets erneuten Beobachtungen können uns ein Wink sein, wie die Fürsorge solche Kinder am ehesten erreichen könnte. Da unsere Gesellschaft solchen durch den Kinderreichtum überlasteten Frauen keine Hausgehilfen bieten kann, so könnten Besuche von helfenden Fürsorgertinnen und regelmäßige Beihilfen in den Fürsorgestellen in Geld oder Naturalien unsere Absichten fördern. Unsere gegenwärtigen Fürsorgemaßnahmen, so erfolgreich unter günstigen Verhältnissen, versagen angesichts des Jammers kinderreicher Proletarierfrauen. Auch der Wohnbauplan, der unbeirrt durchgeführt, unserer sozialdemokratischen Stadtverwaltung so viel Erfolge und Anerkennung gebracht hat, versagt angesichts der Familien mit vielen Kindern. Dabei soll nicht vergessen werden, wie schwer solche Familien auch vor dem Kriege schon, da die Fauscherrente noch blühte, zu einem auch nur dürftigen Obdach kamen. Immer sind in solchen Haushalten der Menschen mehr als der Schlafstätten. Mehrere Kinder oder Kinder und Erwachsene in einem Bett sind da eine Selbstverständlichkeit. Schwere sittliche Schäden, Uebertragung von Krankheiten sind dann unvermeidlich.

In unseren hundert Krankenblättern finden wir ferner auffallend häufig den Bericht von einem verunglückten Kinde: Ertrunken, einem Autounfall zum Opfer gefallen, schweren Brandwunden erlegen und ähnliches. Kein Wunder! Die Mutter vieler Kinder, neben ihren Pflichten mit Wirtschaftsforgen, Arbeit außer Haus, oft regelmäßiger Berufsarbeit belastet, um den Haushalt nicht verfallen zu lassen, kann solches Unglück beim besten Willen nicht verhüten, und wenn sie dann wegen der „Bernachlässigung pflichtgemäßer Obfolge“ auch noch vor das Gericht gestellt wird, so kann man nur dringend die Vertauschung der Rollen würdigen: die Mutter als Anklägerin, diese unmenschliche Gesellschaft aber auf der Bank der Angeklagten!

Was haben die Leserinnen dazu zu sagen?

### Sittlichkeit und Strafrecht.

Zum amtlichen Entwurf eines Allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches.

Von H. Böggow, Berlin.

Der amtliche Entwurf eines Allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches liegt jetzt vor. Es ist zu erwarten, daß sich der Reichstag schon in seiner nächsten Sitzungsperiode damit beschäftigt und dem deutschen Volke ein Strafrecht gibt, das hoffentlich den modernen Verhältnissen und dem Rechtsempfinden des Volkes mehr entspricht, als es mit dem heutigen allerdings schon recht alten Strafrecht der Fall ist. Bis zur endgültigen Beschlussfassung sollte breitesten Volksschichten Gelegenheit gegeben werden, den Entwurf kennenzulernen und dazu Stellung zu nehmen, d. h. ihn zu kritisieren, seine Fehler und Mängel zu zeigen und mitzuarbeiten an der Gestaltung und Formung des neuen Gesetzes. Denn nicht nur der Richter, der Rechtsanwalt, der Polizei- und Verwaltungsbeamte ist an dem Aussehen des neuen Rechtes interessiert, sondern jeder, der einzelne, der zu unserer Staatsgemeinschaft rechnet.

Von den zahlreichen Fragen, die im Strafgesetzbuch auftauchen, beanspruchen zweifellos die größte Aufmerksamkeit diejenigen, die am tiefsten in unser persönliches und inneres Leben eingreifen, die Fragen, die sich mit dem Geschlechtsleben des Menschen beschäftigen. Welche einschneidenden Bestimmungen das alte Strafgesetzbuch auf diesem Gebiet enthielt, braucht an dieser Stelle nicht besonders betont zu werden. Wir erinnern nur an den Kampf um die §§ 175 und 218, wodurch der ganze Fragenkomplex blühartig beleuchtet wird. Auch der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch enthält eine Reihe derartiger, zu schärfsten Bedenken Anlaß gebender Bestimmungen, die nicht unüberprüfbar hingenommen werden können und deren Milderung im Reichstag hoffentlich durchgeführt wird.

Das Kartell für Reform des Sexualstrafrechts, dem u. a. angehören die Abteilung für Sexualreform am Institut für Sexualwissenschaft, das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee e. V., der Bund für Mutterschutz und Sexualreform e. V., die Deutsche Liga für Menschenrechte, die Gesellschaft für Geschlechtskunde, die Gesellschaft für Sexualreform und der Verband für Eherechtsreform, hat sich eingehend mit diesem Teil des amtlichen Entwurfs zum neuen Strafgesetzbuch beschäftigt und seine Stellungnahme in einem ausführlich begründeten Gegenentwurf festgelegt. („Sittlichkeit und Strafrecht“, Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessentempel). Mit großem Geschick ist in diesem Gegenentwurf vorgemacht worden, die radikalsten Forderungen vieler „Reformer“ des Sexualstrafrechts, die unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen keine Aussicht auf Durchföhrung hätten, zu vertreten; es kam bei der Bearbeitung der einzelnen Bestimmungen nicht darauf an, der persönlichen Ansicht jedes Mitarbeiters gerecht zu werden, sondern ein Material zu schaffen, das politisch und juristisch den heutigen Verhältnissen entspricht und in den Verhandlungen des Reichstages berücksichtigt werden konnte.

Der Gegenentwurf geht aus von dem Charakter des ganzen Werkes kennzeichnenden Satz: „Auf dem Gebiete des Geschlechtslebens können als Interessen, deren Schutz durch Strafandrohung angestrebt werden soll, nur die freie Selbstbestimmung des Menschen, die Gesundheit und der Schutz der Geschlechtsuntreuen in Frage kommen.“ Um ein Beispiel von der klaren, sachlichen Arbeit des Gegenentwurfs zu geben, sei ein Teilgebiet herausgegriffen: die Frage der Abtreibung. Der amtliche Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches bestimmt, daß eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet oder die Tötung durch einen anderen zufügt, mit Gefängnis bestraft wird. Ebenso der, der eine Frucht mit Einwilligung der Schwangeren im Mutterleibe tötet. Auch der Versuch ist strafbar, jedoch „tann“ das Gericht „in besonders leichten Fällen“ „von Strafe absehen“. Mit Zuchthaus wird nicht nur der bestraft, der die Tat ohne Einwilligung der Schwangeren begeht, sondern auch der, der sie mit Einwilligung der Schwangeren „gewerbsmäßig“ begeht oder einer Schwangeren ein Werkzeug zur Abtreibung „gewerbsmäßig“ verschafft! Mit Zuchthaus!

Das Kartell für Reform des Sexualstrafrechts bemerkt dazu: „Ein vernünftiger Grund, die Frucht abtreiben, falls die Schwangere selbst sie vornimmt oder sie vornehmen läßt, unter Strafe zu stellen, besteht nicht, aber zahlreiche Gründe sozialer, sanitärer, eugenischer und allgemein rechts-theoretischer Natur bestehen, diese Handlung strafrei zu lassen.“ ... Die Zuchthausstrafe für den, der „gewerbsmäßig“ mit Einwilligung abtreibt, bedeutet eine Strafverschärfung für den gewissenhaften, fachverständigen Arzt. Daß beim Versuch in „besonders leichten Fällen“ von Strafe abgesehen werden kann, erzeugt eine Rechtsungleichheit und Rechtsunsicherheit, die für das Ansehen der Justiz und für den Bestand des Staates heute gefährlicher ist als je.“ ... Nach unserer, von Millionen anständig gelebter Deutscher geteilten Auffassung ist prinzipiell strafwürdig allein die ohne Einwilligung der Schwangeren an ihr vorgenommene Abtreibung; sie ist als Verbrechen zu bestrafen.“ Und aus diesen grundsätzlichen Erwägungen sagt die entsprechende Bestimmung des Gegenentwurfs klar und einfach: „Wer eine Frucht ohne Einwilligung der Schwangeren im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet, wird mit Zuchthaus be-

straf." Das ist eine Basis, auf der sich alle Gegner des Abtreibungsparagraphen verständigen können, um bessere und eines Kulturstaates würdigere Gesetze zu schaffen, als sie auf diesem Gebiete heute noch herrschen. Und in dieser einbringlichen, sachlichen, klaren Weise sind alle das Geschlechtsleben des Menschen behandelnden Abschnitte des amtlichen Entwurfes zu einem neuen, allgemeinen Strafgesetzbuch nach modernen Gesichtspunkten durchgearbeitet und ein Gegenentwurf geschaffen worden, der hoffentlich die Grundlage für die Behandlung des Gesetzes im Reichstage bietet.

### Erwerbslosenunterstützung.

Am 5. und 6. November d. J. hat der Beirat in Erledigung eines Auftrages von der Generalversammlung in Hamburg die Erwerbslosenunterstützung nach § 28 und 29 des Statuts in folgender Weise neu geregelt:

	Nach Beiträgen	pro Tag Mk.	Bis Tage	Höchst- betrag
30 Pf.-Klasse	52	0,40	30	12,—
	156	0,40	40	16,—
	260	0,60	40	24,—
	364	0,60	50	30,—
	468	0,60	70	42,—
50 Pf.-Klasse	52	0,60	30	18,—
	156	0,60	40	24,—
	260	0,60	50	30,—
	364	0,60	60	36,—
	468	0,60	70	42,—
60 Pf.-Klasse	52	0,70	30	21,—
	156	0,70	40	28,—
	260	0,70	50	35,—
	364	0,70	60	42,—
	468	0,70	70	49,—
70 Pf.-Klasse	52	0,80	30	24,—
	156	0,80	40	32,—
	260	0,80	50	40,—
	364	0,80	60	48,—
	468	0,80	70	56,—
80 Pf.-Klasse	52	0,90	30	27,—
	156	0,90	40	36,—
	260	0,90	50	45,—
	364	0,90	60	54,—
	468	0,90	70	63,—
1,- Mk.-Klasse	52	1,15	30	34,50
	156	1,15	40	46,—
	260	1,15	50	57,50
	364	1,15	60	69,—
	468	1,15	70	80,50
1,20 Mk.-Klasse	52	1,40	30	42,—
	156	1,40	40	56,—
	260	1,40	50	70,—
	364	1,40	60	84,—
	468	1,40	70	98,—
1,40 Mk.-Klasse	52	1,60	30	48,—
	156	1,60	40	64,—
	260	1,60	50	80,—
	364	1,60	60	96,—
	468	1,60	70	112,—
2,- Mk.-Klasse	52	2,30	30	69,—
	156	2,30	40	92,—
	260	2,30	50	115,—
	364	2,30	60	138,—
	468	2,30	70	161,—

Die erhöhten Sätze treten mit dem 1. Januar 1928 in Kraft. Die Unterstützungsbezieher sind verpflichtet, den ihrer Klasse entsprechenden Beitrag zu zahlen.

### Die christlichen Gewerkschaften betreten bei den Unternehmern um Wahlhilfe.

Die schweren wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart haben dazu geführt, daß die Arbeiterorganisationen, soweit sie als solche tatsächlich anzusprechen sind, im gemeinsamen Vorgehen bei dem Unternehmertum ihre Ansprüche geltend machten. Zweifellos hat dieses gemeinsame Vorgehen manchen schönen Erfolg für die Arbeiterschaft gebracht. Dieses gemeinsame Vorgehen bei Lohnkämpfen hat selbstverständlich keine weiteren Bindungen zur Folge. Jede Organisation versteht ihr Interesse, so gut sie es kann. Es fällt niemand ein, sich darüber zu alterieren, wenn die christlichen Gewerkschaften entgegen der freien Gewerkschaften ihren „christlich-nationalen Standpunkt“ vertreten. Es ist dies jeder Organisation ihr gutes Recht.

Dem Gedanken des Zusammengehens der freien und christlichen Organisation wird aber stark Abbruch getan, wenn das Beispiel der Ulmer christlichen Gewerkschaften, weitere Nachahmer finden würde. Die Ulmer christlichen Gewerkschaften haben am Tage vor der Krankenkassenwahl nachstehendes Flugblatt an die Arbeitgeber verandt:

Ulma, den 9. November 1927  
An die Herren Arbeitgeber!  
Sehr geehrte Herren!

Am Sonntag, dem 12. November 1927, von vormittags 9 bis nachmittags 7 Uhr, finden die Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Ulma statt.

Der Antrag als Wahling ist von der Sozialdemokratie durchgesetzt worden; es soll dadurch solchen Arbeitnehmern, die den Gewerkschaften nicht angehören, die Ausübung des Wahlrechtes ermöglicht werden.

Der Zweck dieser Wahlen ist, Sie, die Sie doch sicher keine „christlich-nationalen“ Wähler sein wollen, auf diese Wahlen aufmerksam zu machen und Sie dringend zu bitten,

Ihren Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen, Hausangehörigen usw., die in Frage kommen, die entsprechende Zeit (es kann sich, da 18 Wahllokale in Ulma vorhanden sind, je nach Ort

wenige Minuten handeln) am Samstag frei zu geben, damit die Beschäftigten ihr Wahlrecht ausüben in der Lage sind.

Wir möchten Sie noch höflichst ersuchen, die Wahlen für Ihre Angestellten usw. zugehörigen Ausweiskarten diesen rechtzeitig zu übergeben und Sie auf Wahlvorschlag II aufmerksam zu machen.

Den Wünschen der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Masse für sich allein zu beanspruchen, muß von allen auf christlichem und nationalem Boden stehenden Kassennmitgliedern entgegengehandelt werden. Es gilt bei den Wahlen alles daran zu setzen, um den auf diesem Boden stehenden Kassennmitgliedern Einfluß in den Kassen zu sichern.

Den sozialistischen Gewerkschaften stehen eine Reihe Organisationen zur Verfügung für die Wahlarbeit. Es gilt auf bürgerlicher Seite ebenfalls alle vorhandenen Kräfte zusammenzufassen. Aus diesem Grunde richten wir die höfliche Bitte an Sie, die Sache der christlich-nationalen Arbeiterschaft zu unterstützen.

Bei einer guten Zusammen- und Mitarbeit aller auf christlichem und nationalem Boden stehenden Kreise wird es möglich sein, die Wahlen zugunsten der christlichen Arbeitnehmerliste und damit des christlichen Volksteils zu beeinflussen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Wahlkommission des Wahlvorschlags II.

Dieses schleimige, ekelhafte Gebettel bei den Unternehmern um Hilfe gegen Organisationen, mit denen sie gemeinsam ihre Lohnforderungen gegen die Unternehmer vertreten, die sie hier um Hilfe anrufen, übersteigt tatsächlich alles bisher Erlebte. Wenn die Anschwärzerlei der freien Gewerkschaften bei den Unternehmern allenthalben Sitte würde, dann würde dies selbstverständlich dazu führen, das gemeinsame Vorgehen, das bisher bei den Lohnkämpfen geübt worden ist, wieder zu zerbrechen. Hoffentlich bleibt das Ulmer Beispiel ein Ausnahmefall.

### Preissteigerung und Lohnkämpfe.

Die dauernde Verteuerung der Lebenshaltungskosten führt dahin, daß die Arbeiter und Angestellten nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem geringen Einkommen auskommen sollen. Im Laufe dieses Jahres sind die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel fast unaußersächlich gestiegen. Von den für die Volksernährung wichtigsten Lebensmitteln, wie Roggen, Weizen und Fett, hat die Steigerung auf die Rohstoffe und industriellen Fertigwaren übergegriffen, und es ist noch nicht abzusehen, wann in der Aufwärtsbewegung der Preise ein Stillstand eintreten wird. In der Unternehmerpresse sind Andeutungen genug dafür enthalten, daß die Preise noch mehr heraufgesetzt werden. Seit Anfang dieses Jahres haben sich die Großhandelspreise der drei Hauptgruppen (Agrarstoffe, industrielle Rohstoffe und Halbwaren und industrielle Fertigwaren) wie folgt verändert:

	Industrielle Fertigwaren	Rohstoff und Halbwaren	Agrarstoffe
Januar	141,6	123,8	140,3
Februar	141,6	129,3	139,1
März	142,0	130,3	136,0
April	143,0	129,9	135,2
Mai	144,3	131,2	139,3
Juni	146,0	131,6	139,9
Juli	147,1	132,2	137,5
August	148,3	133,0	136,8
September	150,7	134,1	138,9
Oktober	152,9	134,0	137,0
Anfang November	154,0	134,0	135,5

Der Index der industriellen Fertigwaren ist mit einer unheimlichen Gleichmäßigkeit von 141,6 auf 154,0 gestiegen. Das sind rund 13 Punkte. Es sind also die zum Konsum notwendigen Gebrauchsartikel, die den Preissteigerungsgrad bestimmen. Der Index für Konsumgüter ist seit Anfang d. J. wie folgt gestiegen:

Januar	150,9	Mai	155,5	September	165,8
Februar	151,0	Juni	158,2	Oktober	169,4
März	152,0	Juli	160,0	November	171,3
April	153,6	August	162,0		

Somit zeigen die Zahlen, daß die Aufwärtsbewegung in den ersten vier Monaten des Jahres vorwiegend von den Agrarstoffen bedingt ist, während bei den Rohstoffen und Halbwaren sowohl wie bei den Fertigwaren die Großhandelspreise das ganze Jahr hindurch nach oben zeigten. Der Gesamtindex hat sich von Januar bis Anfang November von 135,9 auf 139,3 erhöht. Wenn von der zweiten Jahreshälfte ab der Index der Agrarstoffe nicht mehr wesentlich gestiegen ist, so hat das seine Ursache darin, daß für Roggen und Weizen die Preise über Weltmarktpreise lagen und daher eine Preisfestsetzung in diesen Warengruppen unvermeidlich war. Der Roggenpreis stieg von 154 Mk. pro Tonne im August 1926 auf 273 Mk. im September 1927 und senkte sich dann bis Anfang November auf 243 Mk. pro Tonne.

Unter der Gruppe Rohstoffe und Fertigwaren befindet sich der Index für Textilien, Leder, Glas und Porzellanwaren. Von allen sind diese drei am stärksten gestiegen. Bei Glas und Porzellan von 144 auf 167,1 und bei Leder von 119,3 auf 140,2. Entsprechend der Steigerung des Lederpreises haben sich auch die Schuhpreise erhöht. In einer überfüllenden Aufwärtsbewegung aber entwickeln sich die Textilpreise. Die gute Konjunktur ist den Unternehmern und ihren Kartellverbänden in den Kopf gestiegen. Der Index der Textilien stieg von 144,8 im März 1927 auf 162,8 im November. Die Verteuerung erstreckt sich auf alle Textilwaren, und alle Zeichen deuten darauf hin, daß noch weitere Preissteigerungen folgen. Die Preise der Bekleidung sind entsprechend gestiegen. Nach einer Aufstellung, die der Hauptauschuß des Leipziger Einzelhandels vorgenommen hat, erhöhten sich die Preise für Hemdentuche seit Januar 1927 um 20 Proz., bei Berufskleidung um 40 Proz., bei Herrenkonfektion um 15 Proz., bei Halbleinen um 20 Proz., bei Damenhüte um 30 Proz., bei Wolle um 10 Proz. und bei Gardinen um 30 Proz. Diese Preissteigerung ging selbst den Tuchgroßhändlern zu weit, die ein Ersuchen an die Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie richteten, in dem es heißt, „daß gegen diese Preissteigerung einzuschreiten und Maßnahmen gegen die Ausbreitung dieser Preissteigerung zu treffen“ seien.

Auf dem Baumarkt ist vorläufig überhaupt keine rückläufige Preisbewegung zu erwarten. Solange noch die große Wohnungsnot anhält, werden die Preise, abgesehen von geringen Schwankungen, hoch bleiben und die große Wohnungsnot wird in dem nächsten Jahrzehnt noch nicht beseitigt. Dazu

kommt die Erhöhung der Mieten, wodurch der Etat des Arbeiters und Angestellten weiter erheblich belastet wird.

Es sind also bei allen wichtigen Warengruppen erhebliche Preissteigerungen vorgenommen worden. Man hat sich im geringsten darum gekümmert, ob auch die Löhne und Gehälter dementsprechend gestiegen sind. Jetzt, wo die Arbeitnehmer die Aufbesserung der Löhne und Gehälter fordern, damit sie den gestiegenen Lebenshaltungskosten entgegenkommen, erklärt das Unternehmertum, daß dann die Preise wieder erhöht werden müßten. Das muß man den deutschen Unternehmern lassen, sie verstehen ausgezeichneter Politik zu machen, die in ihrem Interesse liegt. Es wäre zu wünschen, daß die Arbeiter daraus lernen. Die Unternehmungen haben schon längst erkannt, daß sich vereint viel mehr erreichen läßt. Deshalb verfügen sie über einen guten Organisationsapparat. Und da sie auch genügend Geld beifügen sie sich stark. Aber wenn die Arbeiter wollen, bringen sie es zuwege, die ganze Unternehmerrichterschaft zusammen zu bringen. Es kommt nur darauf an, daß sie wissen, was zu tun ist.

### Berichte aus Fachreisen.

**Apotha.** Die Filiale Apotha konnte am 22. Oktober bei 36-jähriges Bestehen zurückblicken. Die Ortsverwaltung hatte bei einem geselligen Abend veranstaltet, an dem eine recht große Zahl der Textilarbeiter teilnahmen. Leider fanden die Besucher nicht den Platz im Saal und mußten viele in den unteren Räumen des Volkshauses untergebracht werden. Die Textilarbeiter wollten alle dem Fest der Arbeit teilnehmen. Schon seit Jahrzehnten hat der Verband für die Besserung der Lebenslage der Textilarbeiter gekämpft. Diesen Gedanken brachte unser Kollege Edel als Gauleiter der berufen war, die Festrede zu unserem Stiftungsfest zu halten zum Ausdruck. Er schilderte in kurzen Zügen den Werdegang unserer Organisation, begrüßte den Kollegen Robert Armischer, bei der Gründung unserer Organisation an der Wiege gestanden, Kollege Edel begrüßte die Jubilare, die seit 25 Jahren und mehr Treue dem Deutschen Textilarbeiterverband gehalten haben. Es sind dies die Kollegen Friedrich Nischler, Walter Buschendorff, Friedrich Schneider und Hermann Geißler. Als schlichter Dank für die Gesamtbewegung wurde den Jubilaren eine Ehrenurkunde überreicht. Der Kollege Edel empfahl der Jugend, sich an diesen Jubilaren ein Vorbild zu nehmen. Im gleichen Sinne mahnte die Kollegin Weibach, die uns auch mit einem schönen Gedicht aus dem schlesischen Gebirge erfreute. Neben der Festrede war der Gesang noch mit Musikvorträgen, Liedern und Rezitationen unterbreitet. Allen gebührt Lob und Dank, den ihnen die Besucher durch ihre Aufmerksamkeit reichlich zollten. Es waren Stunden der Freude und Erholung. Würden doch alle von dem großen Gedanken der Solidarität beseelt, der im gemeinsamen Gesang „Wohlan, wer Wahrheit und Wahrheit achtet“ seinen Ausdruck fand. Nachdem die Musik und Gesangsvorträge sowie Rezitationen zu Ende waren, wurde das Langspiel geschwungen. Jung und Alt befanden sich in froher Stimmung, die täglichen Sorgen verschwanden.

### Ebingen. Ein Eldorado für Textilarbeiter.

„Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr.“  
Diesen Grundsatz haben sich die Textilunternehmer im allgemeinen die Ebingen in besonderer auf ihre Fahne geschrieben. Man darf in Ebingen nur die Entwicklung von den früheren kleinen Betrieben bis zu den heutigen Industriepalästen verfolgen, dann man schon die günstige Auswirkung dieses Grundsatzes für die Unternehmer. Prachtvolle Villen, Luxusautos und Anhäufung von Privatkapitalen für sich noch extra, sehen die Herren für eine Selbstverständlichkeit an. Umgekehrt liegen die Verhältnisse für die Arbeiterschaft. Die Löhne in den Betrieben sind noch so niedrig, daß viele schon die Kinder im frühesten Alter bei Heimarbeit mit ausgeben müssen, nur um das Leben fristen zu können. Trotzdem gibt es Arbeiter und Arbeiterinnen, die vor Freude Purzelbäume schlagen, wenn „ihre Herren“ nach außen mit ihrem Reichtum prahlen. Die Bescheidenheit bei der Arbeiterschaft noch ist, zeigt folgendes dichterische Erguß, den die Arbeiterschaft eines Betriebes aus einem erbauten neuen Arbeitssaales gewidmet hat:

O Arbeitsschwermern schaut, welch wundervoller Saal, mit Licht und Luft erfüllt, wo's vorher düster war. Zufriedenheit und Fleiß, soll ferner uns vereinen und jedem unter uns, soll lang die Sonne scheinen. Kein Frieren mehr im neuen Saal, viel Dank dem Herrn Prinzipal.

Wann werden sich diese Dichtlinge endlich einmal über Klassenlage klar und ihres eigenen Elends bewußt werden? Die der organisierten Arbeiterschaft liegt es, durch fortwährende Aufklärungsarbeit andere geistige Voraussetzungen und bessere wirtschaftliche Zustände zu schaffen.

**Lunzenau.** Die Delegiertengeneralversammlung der Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes Lunzenau vom 29. Oktober 1927 nahm einen Bericht des Geschäftsführers Bähring über die Arbeitverteilung und die neu geregelte Arbeitszeit für die zu der Verwaltungsstelle Lunzenau gehörenden Textilfirmen entgegen. Anschließend daran berichtete Bähring über die fast gefundenen Lohnverhandlungen, die mit einem Schiedsspruch erledigt der vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt wurde.

Nach dem Kassenericht stand der Einnahme von 9058,85 Mk. ein Ausgabe von 8489,60 Mk. entgegen. Der Antrag auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig angenommen. Bezüglich der Agitation werden auf Vorschlag des Geschäftsführers am 9. und 16. November die notwendigen Arbeiten durchgeführt werden. Kollege Bähring gibt bekannt, daß am 11. und 12. November 1927 in Chemnitz eine Frauenkonferenz stattfindet. Der Mitgliederzahl angemessen wird 2 Delegierte entsenden. Auf Vorschlag des Kollegen Kiedel wird gegen 1 Stimme beschlossen, nur eine Delegierte zu entsenden, hierzu erfolgt nur ein Vorschlag, welcher auf die Kollegin Weibach, falls, selbige nimmt an. — Kollege Reuhans wünscht Nachwahl der Kartelldelegierten unseres Verbandes durch den Weniger Gewerkschaftskartell. Da die Neuwahlen bevorstehen, ist davon Abstand genommen werden. Kollege Schirmer will eine einheitliche Beitragsleistung, nach seinen gemachten Erfahrungen trifft das mit den Unterkassierern in Amerika nicht zu, dem soll ein Geschäftsführer Abhilfe geschaffen werden. — Wie oftmals, so auch diesmal die Jubilare besprochen, diese wird einstimmig und endgültig für Sonnabend, den 3. Dezember 1927, in Benig festgelegt. Die weiteren Vorarbeiten übernimmt hierzu der örtliche Vorstand und sollen die Mitglieder besondere Einladung erhalten. Damit man am Ende der Sitzung. — Anschließend findet noch eine Vorstandssitzung statt, an welcher auch der 1. Vorsitzende, Kollege Kiedel, mitteilnimmt.